



### Euro-Stabilisierung: Condition sine qua non für ein starkes Europa

Ein (leider) bekanntes Thema hat uns in dieser Woche erneut beschäftigt: Die Frage, wie wir unseren Euro als gemeinsame, starke und von den Märkten respektierte Währung erhalten.

Nicht nur Deutschland, auch Europa soll stärker aus der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen, als es hineingegangen ist. Die Beschlüsse vom Europäischen Gipfel am 26./27. Oktober 2011 haben dieses Ziel unterstrichen. Es gilt, zu verhindern, dass die Staatsschuldenkrise in einzelnen Staaten der Eurozone zum Flächenbrand wird. Die „fire walls“ dagegen sind:

- eine höhere Kernkapitalquote von neun Prozent für systemrelevante Banken; die Rede ist von gut 106 Milliarden Euro zusätzlichem Kapital;
- mehr Wirksamkeit des europäischen Rettungsfonds EFSF, ohne das maximale Risiko für den Steuerzahler zu erhöhen; Deutschland müsste weiterhin für 211 Milliarden Euro geradestehen. Er soll bei neuen Anleihen gefährdeter Euro-Staaten teilweise das Zahlungsausfallrisiko übernehmen. Ein neuer Sondertopf, an dem sich der Internationale Währungsfonds IWF beteiligt, soll in Anleihen investieren, die der EFSF ebenfalls zum Teil absichert. Dabei könnten auch ausländische Investoren wie Staatsfonds aus China mitmachen.
- zusätzliche Sparanstrengungen in Italien und Spanien;
- Teilentschuldung Griechenlands um 100 Milliarden Euro bzw. 50 Prozent, um diesem Land den Neuanfang in der Finanz- und Haushaltspolitik zu erleichtern;
- ein starker und wirkungsvoller Stabilitäts- und Wachstumspakt für mehr Haushaltsdisziplin in Europa.

Einen Lichtblick gibt es für uns: Der Kapitalbedarf der betroffenen deutschen Banken liegt bei vergleichsweise geringen rund 5,5 Milliarden Euro. Diese zusätzlichen Milliarden sollten sie aus eigener Kraft stemmen können.

### EEG-Kostenexplosion bremsen



Jüngst wurde bekannt, dass die EEG-Umlage im kommenden Jahr nur geringfügig um 0,062 ct/kWh angehoben wird. Entwarnung auf der Kostenseite der Energiewende also? Mitnichten, denn der Zubau der Stromerzeugung aus Sonnenenergie geht ungebremst voran: Allein für dieses Jahr werden 4.000 bis 5.000 MW Zubau prognostiziert – und dieser Zubau schlägt bei den Stromverbrauchern über den 20-jährigen Förderzeitraum mit 12 bis 15 Milliarden Euro zu Buche.

Ich rate dazu, den jährlichen Zubau bei der Photovoltaik bei 1.000 MW zu deckeln, denn alle bisherigen Versuche, den Zubau auf ein vertretbares Maß zu begrenzen, waren erfolglos. Ebenso müssen auch alle übrigen Vergütungssätze auf den Prüfstand kommen. Denn es kann auf Dauer nicht sein, dass die ineffizientesten Erzeugungsarten mit den höchsten CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten die höchste Förderung erhalten.

### Staatsschuldenkrise in Europa

Zwischen Solidarität und Eigenverantwortung

### Innovationsstandort Deutschland

Konsequent die Stärken ausbauen

### Gesundes Wachstum, starker Arbeitsmarkt

Wirtschaftspolitische Halbzeitbilanz



**INTERN**

- 3** Standortfaktor Infrastruktur –  
Kongress der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

**MEINUNG**

- 6** „Die Krise als Chance nutzen“  
von Dr. Michael Meister MdB
- 8** „Gesagt – getan: Die Halbzeitbilanz der  
christlich-liberalen Koalition“  
von Dr. Joachim Pfeiffer MdB
- 10** „Praktika – Nutzen für Praktikanten und  
Unternehmen“  
von Gitta Connemann MdB
- 11** „Innovationsstandort Deutschland stärken –  
mit neuen Instrumenten“  
von Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB

**INFORMATION**

- 16** Der Google-Faktor: Online-Handel  
und noch viel mehr
- 17** Stärkung der Zusammenarbeit von  
Behörden im EU-Binnenmarkt
- 18** Elektroschrott – heute Müll, morgen  
begehrter Rohstoff?
- 19** Schutz vor Kostenfallen im Internet
- 21** Studieren in Ostdeutschland immer beliebter
- 22** 40 Jahre Bafög – ein Beitrag zu  
sozialem Aufstieg
- 23** Die neue Gesundheitskarte kommt
- 25** Sicherheitslücken bei Fahrzeugalarmanlagen
- 26** Selbstständige in der Grundsicherung

**Hohe Ehre für den PKM-Vorstand**

Bundespräsident Christian Wulff empfing am 8. September 2011 den Vorstand im Schloss Bellevue.

Gerade in Zeiten, die von hoher Unsicherheit über die Zukunft beherrscht seien, erwarteten die Bürger von der Politik Visionen für Gesellschaft und Wirtschaft, die über das Tagesgeschäft hinausgehen. Zu den Themen, die die Menschen bewegten, zählten das Zusammenspiel von Wachstum und Wohlstand ebenso wie Konzepte für die älter werdende Gesellschaft, Fragen der Generationengerechtigkeit und, damit verbunden, die Bedeutung der Demokratie. Durch die Krise der Euroländer habe auch die Diskussion über das Verhältnis zwischen individueller Freiheit und solidarischem Miteinander eine höhere Ebene erlangt; heute gehe es um das Wechselwirken zwischen dem Finanzsektor und der Wirtschaft und um das Füreinander-Eintreten in der Europäischen Union.



Foto: Bundespresseamt/Fotograf: Guido Bergmann



Foto: Bundesregierung, Jochen Eckel

## PKM-Vorstand zu Gast bei der Bundeskanzlerin

Der Vorstand des PKM war zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode zu Gast bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die wirtschaftliche Unsicherheit sei in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen, so die Bundeskanzlerin. Ein Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft sei unbedingt zu vermeiden. Deutschland sei in besonderem Maße auf den Fortbestand des Euro angewiesen. Entscheidend sei es nunmehr, unter den zur Verfügung stehenden Alternativen zur Stabilisierung des Euro diejenige zu wählen, die sich am besten dazu eigne, das beabsichtigte Ziel – die Stärkung der Widerstandskraft einzelner Volkswirtschaften vor Finanzspekulationen und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene – zu erreichen. Dem von Deutschland verfolgten Ziel einer Konsolidierung der Staatsfinanzen komme dabei eine entscheidende Rolle zu. Darüber hinaus belege die aktuelle Diskussion eindrucksvoll die Notwendigkeit, für die Bürger eine Vision für das Europa der Zukunft zu entwickeln.

Zur Sprache kamen ferner die Energiewende und ihre Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland, auch im Hinblick auf die energieintensive Industrie. Dabei gelte es auch, Fehlentwicklungen im EEG-Anreizsystem zu korrigieren. Zudem sei ein funktionierendes Projektmanagement für die Energiewende unabdingbar. Erörtert wurden auch die aktuelle Diskussion über eine Lohnuntergrenze. Der PKM erneuerte hier seine grundsätzliche Skepsis zur Notwendigkeit einer solchen Regelung.

## Standortfaktor Infrastruktur - Kongress der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Deutschland hat alle Chancen, seinen Platz unter den großen Wirtschaftsnationen auf Dauer zu verteidigen. Unverzichtbare Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige, hochmoderne Infrastruktur, die Investoren im internationalen Standortvergleich zugunsten von Deutschland überzeugt. Das ist das Fazit des Kongresses „Zukunftsstandort Deutschland – welche Infrastruktur brauchen wir?“ am 19. Oktober 2011. Vor rund 300 Zuhörern erörterten hochkarätige Experten aus Wirtschaft und Politik Stärken und Schwächen der heutigen Infrastrukturausstattung und den erforderlichen Modernisierungsbedarf am Wirtschaftsstandort Deutschland.

Der Aufbau neuer und die Modernisierung bereits bestehender Infrastruktur erfordere lange Realisierungszeiten, betonte Fraktionsvorsitzender Kauder; das generationenübergreifende Verantwortungsbewusstsein gebiete es daher, bereits heute den Grundstein für Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum der kommenden Generationen zu legen. Der PKM-Vorsitzende Dr. Michael Fuchs erklärte, gerade für einen hochentwickelten Industriestandort sei eine moderne Infrastrukturausstattung unabdingbar. Dazu müssten Politik, Wirtschaft, Bürger und die verschiedenen staatlichen Ebenen gemeinsam beitragen.

Der RWE-Vorstandsvorsitzende Dr. Jürgen Großmann und der Vorstandsvorsitzende der Grillo-Werke, Ulrich Grillo, stellten die erforderliche Planungssicherheit für Investoren in das Zentrum ihrer Vorträge. Über eine bedarfsgerechte Infrastruktur seien für die unternehmerische Standortwahl zudem weitere Faktoren wie die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte und die Wirtschaftskraft einer Volkswirtschaft entscheidungsrelevant.

Minister Jost de Jager, Dr. Dierk Paskert (E.ON), Prof. Manfred Güllner (forsa), Herman Bröring (Landrat Emsland) und Dr. Volker Kefer (Deutsche Bahn AG) diskutierten über Erfahrungen, die Bevölkerung für die Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten zu gewinnen. Man war sich einig, dass intensive Erklärungsarbeit die Durchsetzbarkeit solcher Projekte erleichtere. Vielfach sei es lediglich eine kleine Gruppe von Wortführern, die das Meinungsbild zu solchen Großprojekten präge.

## Aktuelles aus dem Gesprächskreis Freie Berufe

Der Fachkräftemangel wird in Deutschland zunehmend virulent. Darin waren sich die Teilnehmer des Gesprächskreis Freie Berufe mit Gästen des Verbandes Beratender Ingenieure, der Bundesingenieurkammer, des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater und des Bundesverbandes der Freien Berufe einig. Auch wenn qualifizierte Arbeitnehmer bislang in bestimmten Regionen und Berufsfeldern fehlten, so sei es dennoch von entscheidender Bedeutung, dass die Politik hier zügig ein Gesamtkonzept ausarbeite. Der Vorsitzende des Gesprächskreis Freie Berufe, Stephan Mayer, erklärte, auch die betroffenen Branchen und Fachrichtungen seien gefordert, aktiv beispielsweise in den Schulen für ihr Fach zu werben und ihr Image zu verbessern. Wichtig sei aber auch eine insgesamt positivere Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien und Modernisierungsvorhaben. Eingehend diskutiert wurden die unterschiedlichen Vorschläge zur Anwerbung von Fachkräften, ihre Praxistauglichkeit und die politische Durchsetzbarkeit. Man war sich einig, dass am Ende ein Modell stehen müsse, durch das der tatsächliche Bedarf möglichst zielgenau gedeckt werde.

In einem Treffen mit Vertretern des BMVBS und des BMWi tauschte sich der Gesprächskreis Freie Berufe über Reformvorschläge zum Vergaberecht oberhalb und unterhalb der EU-Schwellwerte aus. Die Europäische Kommission werde am 13. Dezember 2011 Vorschläge im Bereich des Vergaberechts vorlegen, die die Modernisierung der bestehenden Richtlinien, den Erlass neuer Vorschriften für Dienstleistungskonzessionen und die Schaffung eines Instruments zur Gewährleistung von Marktzugang in Drittstaaten betreffen. Im Rahmen der Modernisierung würden auch mittelstandsspezifische Komponenten erwogen. So wolle die Europäische Kommission offenbar stärker auf die Verhältnismäßigkeit von Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit (Umsatz) im Verhältnis zum Auftragswert achten. Zumindest in der Bietphase sollten in Zukunft Selbsterklärungen der Unternehmen vor dem Zuschlag ausreichen. Zudem sollen Aufträge stärker in Unterlose aufgeteilt und gemeinsame Beschaffung gefördert werden. Nachgedacht werde auch über die Einführung eines „elektronischen Vergabepasses“. Das Europäische Parlament hat sich kurz zuvor, am 24. Oktober 2011, mit dem so genannten Rühle-Bericht positiv zu diesen Vorschlägen positioniert.

## Meinungsaustausch mit Professor Lars-Hendrik Röller



Zu einem Gedankenaustausch mit Prof. Lars-Hendrik Röller, Wirtschaftsberater der Bundeskanzlerin, traf der PKM-Vorstand nach der Sommerpause zusammen. Der PKM-Vorsitzende Dr. Michael Fuchs erläuterte, die Wirtschaftspolitik sei unverändert Markenkern der Unionsfraktion. Gerade in der aktuellen, von hoher Unsicherheit an den Finanzmärkten geprägten Zeit sei ein stringenter wirtschaftspolitischer Kurs unverzichtbar. Nur so seien die aktuellen Turbulenzen um den Euro zu meistern. Eingehend tauschte man sich über die anstehenden Entscheidungen und über denkbare Handlungsoptionen aus. Von entscheidender Bedeutung sei es, die Ansteckungseffekte der Staatsschuldenkrise in Griechenland und anderen europäischen Ländern bestmöglich zu minimieren.

## Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann zu Gast beim PKM



Unmittelbar im Vorfeld der Bundestagsabstimmung über das EFSF-Ertüchtigungsgesetz diskutierte der PKM-Vorstand mit Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann über die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum und über Lehren und Konsequenzen daraus für die Zukunft. Dabei müssten auch das institutionelle Gefüge und die Entscheidungsstrukturen Europas berücksichtigt werden, die sich signifikant von anderen großen Währungsräumen unterscheiden, so der Bundesbankpräsident. Zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise seien Strukturanpassungen und Haushaltsdisziplin auf Ebene der Mitgliedstaaten unabdingbar. Unabhängig von dem Weg, für den Europa sich entscheide, müsse diese Verantwortung bei den betreffenden Mitgliedstaaten verbleiben.

## Gespräch des PKM mit der DEHOGA

Die wirtschaftliche Erholung nach der Finanzkrise 2008/2009 ist im Hotel- und Gaststättengewerbe angekommen, auch wenn die zuletzt zunehmenden Konjunkturrisiken der Branche Sorge bereiten. DEHOGA-Präsident Ernst Fischer und Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges unterrichteten den PKM-Vorstand über aktuelle Anliegen des Verbandes an die Politik. Der PKM-Vorsitzende Dr. Michael Fuchs erläuterte, eine Erweiterung der steuerlichen Ausnahmetatbestände stehe dem politischen Ziel einer allgemeinen Steuervereinfachung entgegen. Zudem sei die Haushaltskonsolidierung vorrangig. Man war sich einig in der Ablehnung der so genannten Hygieneampel für die Gastronomie, deren Ausgestaltung wenig durchdacht und unverhältnismäßig sei.

## Strategien gegen Fachkräftemangel

Mit dem sächsischen Innenminister Markus Ulbig diskutierte der PKM-Vorstand über Wege zur Abmilderung des Fachkräftemangels. Für die gesamte Wirtschaft sind qualifizierte Fachkräfte das „A und O“ für den dauerhaften Unternehmenserfolg. Mit Blick darauf hatte Sachsen im April einen Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsrechts im Bundesrat eingebracht. Nötig sei unter anderem eine Willkommenskultur, damit der Fachkräftezufluss erfolgreich verlaufe. Dazu gehörten beispielsweise zügige Verfahren, kurze Bearbeitungszeiten entsprechender Anträge und eine transparente Kommunikationsstrategie gegenüber der inländischen Bevölkerung. Regelungen zur Fachkräftegewinnung aus dem Ausland seien missbrauchsfest zu gestalten, damit keine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme stattfindet.

## Stephan Mayer übernimmt Ausschussvorsitz



PKM-Vorstandsmitglied **Stephan Mayer** wurde am 28. September 2011 zum Vorsitzenden des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik des Deutschen Bundestages ernannt. Er hat es sich zum Ziel gesetzt, den Abbau der Entwicklungsunterschiede der Regionen Deutschlands voranzutreiben. Sein Vorgänger Ernst Hinsken gibt das Amt wegen anderer parlamentarischer Verpflichtungen auf.

## Aktuelles aus der Arbeitsgruppe Handwerk

Die AG Handwerk diskutierte am 30. September 2011 mit dem Leiter des Referates Handwerk im Bundeswirtschaftsministerium, Joachim Garrecht, über die Lage im Handwerk. Die guten Ergebnisse der Handwerkszählung bestärken die öffentliche Wahrnehmung des Handwerks, die bereits durch die unmittelbar vor der Sommerpause stattgefundene Plenardebatte zur Handwerkspolitik einen großen Schub erfahren hatte. Hintergrund der Debatte war die Große Anfrage zum Handwerk der christlich-liberalen Koalition. Auch die aktuellen handwerkspolitisch relevanten Initiativen des Herbstes standen im Mittelpunkt des Gespräches. Den Gesetzentwurf des Bundesrates zum Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sieht die Bundesregierung kritisch, da die Vorschläge nicht zielführend erscheinen. Die Entfristung bei der Ist-Besteuerung im Umsatzsteuergesetz wird einhellig begrüßt, da zwei Drittel der eine Million Handwerksbetriebe in Deutschland von der Regelung profitieren werden. Die Vorsitzende Lena Strothmann gab zudem einen Zwischenstand über den geplanten politischen Austausch mit den Handwerksjunioren, der sich am Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren orientiert. Der Besuch der Junioren des Handwerks wird vom 8. bis 10. November 2011 stattfinden.

## Daniel Bahr besucht den PKM-Vorstand

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr tauschte sich mit dem PKM-Vorstand zu den unterschiedlichen Konzepten zur Reform der Pflegeversicherung aus. Unbeschadet der noch laufenden Diskussion um ihre konkrete Ausgestaltung sei unverkennbar, dass der demografische Wandel Reformbedarf in diesem Bereich nach sich ziehe. In diesem Zusammenhang sprach sich der Minister erneut für einen Einstieg in kapitalgedeckte Elemente der Pflegeversicherung aus, betonte aber zugleich, dass mögliche Rücklagen vor einer Zweckentfremdung geschützt werden müssten. Zur Sprache kam ferner unter anderem auch die Nutzenbewertung von Medikamenten seit der Einführung des AMNOG. Minister Bahr erklärte, die ersten Erfahrungen mit diesem neuen Instrument seien grundsätzlich gut. Ob und ggf. wo Nachbesserungsbedarf bestehe, müsse die Praxis erst noch zeigen. Diskutiert wurde darüber hinaus auch, wie eine ausreichende ärztliche Versorgung der Menschen auf dem Land künftig sichergestellt werden kann.

## Die Krise als Chance nutzen

Von Dr. Michael Meister MdB

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglied des Vorstandes des Parlamentskreis Mittelstand

Direkt gewählt im Wahlkreis Bergstraße, Hessen.  
Mitglied des Deutschen Bundestages seit der 13. Wahlperiode.



Durch eine verfehlte Haushalts- und Finanzpolitik in einigen Euro-Staaten sind diese in eine erhebliche Schieflage geraten. Die bis dahin geltenden Stabilisierungsregelungen aus dem Maastricht-Vertrag waren nicht ausreichend, um dies frühzeitig zu verhindern, und sind zusätzlich unter Rot/Grün aufgeweicht worden. Die Staatsschuldenkrise einiger Länder der Eurozone hat zu einer Gefährdung der Stabilität unserer gemeinsamen Währung insgesamt geführt.

Die Euro-Stabilisierung ist im ureigenen Interesse Deutschlands. Nach dem Dollar ist der Euro heute die zweitwichtigste Währung der Weltwirtschaft. Wir können auf Augenhöhe mit amerikanischen und asiatischen Handelspartnern verhandeln. Verbraucher und Unternehmen profitieren von niedrigen Kreditzinsen. Der Euro sorgt für niedrige Inflationsraten und eine hohe Kaufkraft: Die Preise sind in Deutschland seit Einführung des Euro sogar langsamer gestiegen als zu Zeiten der Deutschen Mark. Auch hat mit dem Wegfall der verschiedenen Währungen die Preistransparenz mit wichtigen Partnern zugenommen. Der Wegfall der Wechselkursschwankungen steigert die Preissicherheit im Hauptexportgebiet Europa. Dementsprechend sind die Transaktionskosten im internationalen Handel gesunken, was gerade für Deutschland als exportorientiertes Land vorteilhaft ist. Die von der CDU mitgeprägte Europäische Union ist daher heute die Grundlage für eine langanhaltende Stabilität in Europa, die wie selbstverständlich den Frieden in Europa sichert, Freiheiten schützt, soziale Sicherheit ermöglicht und Wohlstand fördert.

Trotzdem darf die mit den Euro-Rettungsschirmen verbundene Solidarität mit den Euro-Ländern, die in Schieflage geraten sind, nicht ohne die Beachtung der Eigenverantwortung erfolgen. Hilfen kann es nur zur Selbsthilfe geben. Ausdruck dieser Grundhaltung ist die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland; sie ist als gesellschaftspolitische Leitidee untrennbar mit der CDU verbunden. Die betroffenen Staaten müssen daher nachhaltig und erfolgreich gedrängt werden, ihre Haushalts- und Strukturprobleme zügig anzugehen. Dass dies kein einfacher Weg ist, ist klar. Jedoch kann nicht die Lösung darin liegen, die Verantwortung auf Dritte abzuladen. Dies ist der Weg, der zwar steinig ist, den wir aber

richtigerweise beschritten haben. Denn der Euro ist nicht gescheitert, aber er ist in einer Krise. Diese Krise gilt es als Chance zu nutzen, was uns in Europa immer gelungen ist.

Wer Solidarität ohne Eigenverantwortung gewähren will, öffnet einer Transferunion Tür und Tor. Wir aber müssen einem solchen Ansinnen, so sehr sie auch von Betroffenen immer wieder vorgetragen werden, widerstehen. Letztlich auch in deren Eigeninteresse. Nicht immer kommt die Forderung nach einer Transferunion klar erkennbar. Eurobonds sind Vorschläge, die versteckt in eine Transferunion münden. Die viel diskutierten Eurobonds könnten bestenfalls nur kurzfristig dazu beitragen, die Probleme des Euros bzw. der Staatsschulden zu lösen. Die mittel- und langfristigen Folgen sind aber erheblich. Nicht nur, dass Deutschland mit mehreren Milliarden Euro jährlich belastet würde, die begünstigten Krisenländer verlieren Anreize, ihre Finanz- und Haushaltspolitik auf eine nachhaltige Basis zu stellen. Im Grunde ist dies in der Wirkung nahe einer Transferunion, die wir aber grundsätzlich ablehnen, ist sie doch mit erheblichen Unsicherheiten über die Belastungen der deutschen Steuerzahler verbunden. Denn auf diese Weise werden nur Verantwortlichkeiten verwischt, Haushalts- und Strukturprobleme aber nicht wirklich angegangen. Daher entspringen die Forderungen nach Eurobonds einer falsch verstandenen Solidarität und sind abzulehnen.

Schnell kommen Forderungen auf, einen Euro-Staat, ähnlich einem privatwirtschaftlichen Unternehmen in die Insolvenz gehen zu lassen. Letztlich würde ein häufig geforderter Hair-Cut als eine solche Insolvenz gewertet. Es gibt zurzeit noch kein Insolvenzrecht für Staaten, so dass im Ernstfall kein geordneter Abwicklungsprozess entstünde. Wie auch im Insolvenzrecht für Private, muss eine Abwicklung aber mit Bedacht umgesetzt werden und erfolgt mit dem Ziel, die Betroffenen wieder auf solide Füße zu stellen. Abwickeln ist bei Privatinsolvenzen nur der allerletzte Ausweg. Eine letztlich ungeordnete Insolvenz würde bei Euro-Staaten im Chaos enden, würde in eine Art Dominoeffekt andere Euro-Staaten in Mitleidenschaft ziehen und am Ende sogar den Fortbestand der Euro-Zone erheblich gefährden. Wir müssten auch dann mit erheblichen finanziellen Belastungen für Deutschland rechnen. Dies kann auch nach Auffassung von Experten kein gangbarer Weg sein, ohne dass wir eine „Schutzmauer“ aufbauen. Eine geordnete Insolvenz hingegen wäre nur dann eine mögliche Lösung, wenn wir die

Mechanismen für diese Maßnahmen hätten. Sie werden aber erst mit dem einzurichtenden ESM ab Mitte 2013 zur Verfügung stehen. Daran arbeiten wir gerade. In der zurzeit beratenden Weiterentwicklung des temporären Schirms – EFSF – wird hingegen nur eine freiwillige Beteiligung Privater möglich sein. Aber selbst dies wurde von der Kanzlerin nur gegen den starken Widerstand der EU-Partner durchgesetzt. Mit dem erweiterten EFSF haben wir auch neue Instrumente wie die Möglichkeit, Banken zu rekapitalisieren oder schon im Vorfeld einer Krise tätig zu werden, die als eine solche „Schutzmauer“ fungieren. Daher ist die Weiterentwicklung des EFSF gerade in der aktuellen Situation von elementarer Bedeutung. Insoweit kann der Vergleich mit einer privaten Insolvenz bei der Problemanalyse helfen, darf aber nicht gänzlich verallgemeinert werden.

Es stehen im Herbst wichtige Entscheidungen zur Euro-Stabilisierung an, sowohl zur Weiterentwicklung des EFSF als auch zur Einrichtung des dauerhaften Stabilisierungsmechanismus ESM. Die Bundesregierung hat Gesetzentwürfe zum EFSF vorgelegt, wobei bewusst der Bereich der parlamentarischen Beteiligung ausgeklammert wurde. Dieses haben wir als Parlament selbst ausgefüllt. Auch das Bundesverfassungsgericht hat uns mit seinem Urteil vom 7. September 2011 darin bestätigt. Wir haben bereits im Vorfeld der Diskussion klargestellt, dass wir uns in den parlamentarischen Beratungen sehr genau die verfassungsrechtlichen Belange ansehen werden. Insbesondere haben wir im Blick, dass wir mit den notwendigen Beteiligungsrechten des Bundestages sowohl den Euro im Interesse Deutschlands stabilisieren als auch unsere Demokratie in den im Grundgesetz verankerten Grundsätzen bewahren werden. Der ESM darf kein Eigenleben am deutschen Verfassungsrecht – einschließlich des Budgetrechts – vorbei entwickeln.

Europa steckt zwar in einer Krise. Aber es muss uns gelingen, diese zu überwinden und die Chancen daraus zu ergreifen. Sonst werden wir als Europa wirtschafts- und weltpolitisch in die Bedeutungslosigkeit versinken.

## Gesagt – getan: Die Halbzeitbilanz der christlich-liberalen Koalition

Von Dr. Joachim Pfeiffer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie

Mitglied des Vorstandes des Parlamentskreis Mittelstand

Direkt gewählt im Wahlkreis Waiblingen, Baden-Württemberg. Mitglied des Deutschen Bundestages seit der 15. Wahlperiode.



Stabiles Wachstum, weniger Arbeitslose und sprudelnde Steuereinnahmen – Deutschland geht es so gut wie schon lange nicht mehr. Die christlich-liberale Koalition hat ihr Versprechen gehalten und Deutschland gestärkt aus der Krise geführt. Der Aufschwung im letzten Jahr war der größte seit der Wiedervereinigung. Auch 2011 wächst die Wirtschaft voraussichtlich um drei Prozent. Das ist ein Signal dafür, dass die Politik und die Unternehmen die Weichen richtig gestellt haben. Selbst in schwierigem Fahrwasser hält die deutsche Wirtschaft ihren Kurs und trotz den Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten.

Wesentliche Ursache für die Krise im Euro-Raum ist die verantwortungslose Verschuldungspolitik der betroffenen Euro-Staaten. Diesen weitere Hilfen zu verweigern ist jedoch keine Lösung, denn die Euro-Länder sind finanz- und wirtschaftspolitisch sehr eng verflochten. Das bedeutet: das Schicksal Griechenlands wirkt sich auch auf Deutschland aus. Die Schuldenländer müssen jetzt nach deutschem Vorbild konsolidieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Das geht nur mit Hilfe zur Selbsthilfe. Die christlich-liberale Koalition zeigt, dass eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik das Rezept für ein wettbewerbsfähiges Europa ist.

### **Gesagt: Wir sorgen dafür, dass sich Leistung und Arbeit wieder lohnen**

**Gesagt:** Die positive wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich auf dem Arbeitsmarkt wider, das zeigen die über 41 Millionen Erwerbstätigen. Der Zuwachs ist fast ausschließlich bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen entstanden. Die Langzeitarbeitslosigkeit sinkt weiter, die Jugendarbeitslosigkeit wurde sogar mehr als halbiert. Seit Mai 2011 liegt die Zahl der Arbeitslosen unter der drei Millionen-Marke – das ist die geringste Quote seit 1992.

**Ausblick:** Um den drohenden Mangel an Fachkräften zu bewältigen, wird die Bundesregierung einerseits das Potenzial im Inland (ältere Menschen, Frauen, Menschen mit geringen

Qualifikationen) ausschöpfen und andererseits auf qualifizierte Zuwanderung setzen.

### **Gesagt: Wir schaffen mehr Wachstum durch wettbewerbsorientierte Regulierung**

**Gesagt:** Moderne und wettbewerbsorientierte Regulierung kurbelt den Wettbewerb an und setzt Innovationspotenzial frei. Dadurch profitiert der Verbraucher von niedrigen Preisen und besseren Leistungen. Das zeigt sich etwa beim Breitbandausbau: Die Zahl der Anschlüsse ist von 10,8 Millionen im Jahr 2005 auf 26,2 Millionen im Jahr 2010 gestiegen. Bis spätestens 2018 sollen flächendeckend Breitbandanschlüsse mit 50MBit/s verfügbar sein.

**Ausblick:** Die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes soll Planungssicherheit gewährleisten, den Infrastrukturwettbewerb fördern und Verbraucher stärker schützen. Auch gilt es, die Wettbewerbspotenziale im Post- und Bahnbereich zu heben und Rohstoffe strategisch für Zukunftstechnologien zu sichern.

### **Gesagt: Wir lösen Wachstumsfesseln durch Bürokratieabbau**

**Gesagt:** Die unionsgeführte Bundesregierung hat den Bürokratieabbau beschleunigt und sich das Ziel gesetzt, 25 Prozent der Kosten für Informationspflichten bis Ende 2011 abzubauen. Aktuell sind diese Kosten für Unternehmen bereits um 10,5 Milliarden Euro (rund 21 Prozent) niedriger als im Jahr 2006.

**Ausblick:** Die Union setzt sich auch künftig für die Entbürokratisierung in Deutschland und Europa ein und fordert die Harmonisierung und Verkürzung von Aufbewahrungspflichten, um Unternehmen zeitlich und finanziell zu entlasten. Es gilt, den Mittelstandsbauch weiter abzufachen.

### **Gesagt: Wir gehen den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien**

**Gesagt:** Der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 ist beschlossen. Das Energiekonzept vom Herbst letzten Jahres ist weiterentwickelt worden. Es umfasst erstmals alle Sektoren gleichermaßen, d.h. Strom, Wärme, Mobilität, die Nachfra-

ge- und die Angebotsseite. Ein breites Bündel von über 60 Maßnahmen ist festgelegt. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch soll von heute 20 Prozent bis 2020 auf 35 Prozent steigen.

**Ausblick:** Die Arbeit fängt aber jetzt erst an. Als Industrieland braucht Deutschland eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung. Dafür ist es unabdingbar, den Ausbau der Speicher und Netze zu beschleunigen. Auch dürfen unkontrolliert steigende Energiepreise nicht zur Abwanderung der energieintensiven Industrie führen. Es gilt, deren Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, denn sie bilden die Grundlage für unsere Wirtschaftskraft und sichern Arbeitsplätze.

### **Gesagt: Wir konsolidieren durch intelligentes Sparen und Wirtschaftswachstum**

**Getan:** Die christlich-liberale Koalition hat die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse umgesetzt. Der Erfolg ist beachtlich: erstmals seit Langem wächst die Wirtschaft schneller als die Neuverschuldung. Die Gesamtverschuldung von derzeit 84 Prozent des Bruttoinlandsproduktes geht in Richtung 80 Prozent zurück. Europa braucht eine gemeinsame Stabilitätskultur nach deutschem Vorbild sowie eine weltweit einheitliche Finanzmarktregulierung. Die Bundesregierung geht beispielhaft voran und hat zum Beispiel ungedeckte Leerverkäufe verboten.

**Ausblick:** Um den Turbulenzen auf den Finanzmärkten entgegenzuwirken gilt es, den Euro nach innen und außen stabil zu halten. Eine Maßnahme hierfür ist die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Alle Euro-Staaten verpflichten sich verbindlich, ihre Haushalte auszugleichen. Der Euro-Plus-Pakt soll den Wettbewerb in einigen Ländern fördern. Ein neu eingerichtetes gesamtwirtschaftliches Überwachungsverfahren vermeidet künftig falsche Politik, die zu wirtschaftlichen Strukturproblemen beiträgt.

### **Gesagt: Wir fördern Innovationen ideologiefrei und technologieoffen**

**Getan:** Einen Innovations- und Wachstumsschub brachte das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM). Die Anschubfinanzierung des Staates (1,3 Milliarden Euro) hat ein etwa dreifaches Projektvolumen ausgelöst. Auch die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung stärkt den Industriestandort. Ein konkretes Beispiel ist das Satellitenprojekt Galileo.

**Ausblick:** Forschung und Technologie sind diejenigen Sektoren, in denen international das stärkste Wachstum stattfindet. In den Bereichen Nanotechnologie, Luft- und Raum-

fahrt oder neue Mobilität gilt es nach vorne zu kommen. Deutschland muss vor allem den Mittelstand dort stark positionieren. Die Initiative „Nationale Plattform Elektromobilität“ fördert, dass bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren.

### **Fazit:**

Deutschland ist auf dem richtigen Weg, diesen Kurs gilt es nun zu halten und konsequent fortzuführen. Dafür sorgt die unionsgeführte Bundesregierung mit kluger Wirtschafts-, Standort- und Forschungspolitik.

## Praktika – Nutzen für Praktikanten und Unternehmen PKM setzt sich mit Erfolg für Leitfaden anstelle gesetzlicher Regulierung ein

Von Gitta Connemann MdB

Mitglied des Vorstandes des Parlamentskreis Mittelstand

Vorsitzende der PKM-Kommission „Modernes Arbeits- und Sozialrecht“

Direkt gewählt im Wahlkreis Unterems, Niedersachsen.  
Mitglied des Deutschen Bundestages seit der 15. Wahlperiode.



Praktika sollen jungen Menschen – insbesondere Schüler und Schülerinnen, Studierenden und Absolventen einer Ausbildung – praktische Kenntnisse und Erfahrungen vermitteln, und zwar dort, wo die Arbeit anfällt. Praktika haben Qualifizierungs- und Orientierungsfunktion: Passe ich in eine bestimmte Branche oder gar zu einem konkreten Team? Ist Produktion, Administration oder vielleicht Forschung „meine Sache“? Auch die Unternehmen profitieren. Diese haben die Möglichkeit, potentielle Mitarbeiter kennen zu lernen und sich so frühzeitig Fach- und Führungskräftenachwuchs zu sichern.

Dennoch sind Praktika in Verruf geraten. Die „Generation Praktikum“ ist in aller Munde. Tatsächlich gibt es junge Menschen, die sich von einem zum anderen hangeln, in der Hoffnung auf eine Anstellung. Nach einer aktuellen Studie des Hochschulinformationssystems absolvieren allerdings nur 14 Prozent eines Jahrgangs überhaupt ein Praktikum nach ihrem Abschluss.

Die Opposition im Deutschen Bundestag nahm dies zum Anlass, ihre Lieblingsforderung zu stellen: mehr Regulierung. Einen Aufschlag machte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Leitung des damaligen SPD-Ministers Olaf Scholz. Praktika, die nach einer Berufsausbildung oder einem Studium absolviert werden, sollten gesetzlich geregelt werden.

Der PKM sprach sich auf Empfehlung der Kommission „Für ein modernes Arbeits- und Sozialrecht“ gegen weitere gesetzliche Regelungen für Praktikanten aus. Nach unserer Ansicht waren mildere Mittel zur Klarstellung von Praktikantenverhältnissen denkbar und sinnvoll.

Richtig ist zwar, dass Missbrauch von Praktikanten verhindert werden muss. Praktikanten dürfen nicht als billige Ersatzarbeitskräfte missbraucht werden. Aber inakzeptable Einzelfälle dürfen kein Anlass sein, das sinnvolle Instrument „Praktikum“ derart überzuregulieren, dass die Unternehmen keine Praktika mehr anbieten. Denn das Praktikum ist für

unzählige junge Menschen das Sprungbrett in die Beschäftigung.

Weitere gesetzliche Regelungen für Praktika sind nicht notwendig. Bereits heute ist der rechtliche Rahmen im Umgang mit Praktikanten ausreichend geregelt. Arbeitet ein Praktikant über Monate hinweg an denselben Aufgaben in derselben Abteilung, ohne dass er angeleitet wird, läuft der Arbeitgeber auch bisher schon Gefahr, im Rahmen der geltenden arbeitsrechtlichen Regelungen auf ein Arbeitnehmergehalt verklagt zu werden. So ist z.B. eine Vergütung nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) zwingend vorgeschrieben für Personen, die eingestellt werden, um berufliche Fertigkeiten, Kenntnisse, Fähigkeiten oder berufliche Erfahrungen zu erwerben, ohne dass es sich um eine Berufsausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes handelt. Ob ein kürzeres oder längeres Praktikum sinnvoll ist, ob und ggf. in welcher Höhe eine Vergütung angemessen ist, kann zudem immer nur im konkreten Einzelfall entschieden werden. Das hohe Engagement der Unternehmen, qualitativ anspruchsvolle Praktikumsplätze anzubieten, muss aber unterstützt sowie ermutigt und darf nicht weiter diskreditiert werden.

Deshalb haben wir eine Klarstellung bei Praktikantenverhältnissen durch untergesetzliche Maßnahmen unter Beteiligung der Wirtschaft gefordert. Mit Erfolg. Unter Mitwirkung von BDA, ZDH, DIHK, BfB ist nun ein Leitfaden „Praktika – Nutzen für Praktikanten und Unternehmen“ entwickelt worden. Darin werden Begrifflichkeiten wie der Unterschied zwischen Pflichtpraktika und Freiwilligenpraktika geklärt. Die allgemeinen übergreifenden Regeln des Arbeitsschutzes und der Arbeitszeiten werden – von gesetzlichen Ruhepausen bis hin zur Nachtruhe – dargestellt. Der Leitfaden ist praktikabel: kein Wunder, denn dieser ist mit und nicht gegen die Wirtschaft entwickelt worden. Er bietet einen Rahmen, der sowohl Praktikanten als Unternehmen nutzt. Es geht also auch ohne (Gesetz!).

Der Leitfaden ist erhältlich u.a. auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: [www.bmas.bund.de](http://www.bmas.bund.de).

## Innovationsstandort Deutschland stärken – mit neuen Instrumenten

Von Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB

Bundeforschungsminister a.D.

Vorstandsmitglied Parlamentskreis Mittelstand

Berichterstatter für Forschung und Technologie im AS Wirtschaft

Direkt gewählt im Wahlkreis 181 Main-Taunus, Hessen.  
Mitglied des Deutschen Bundestages seit der 8. Wahlperiode.



Das überragende Thema der letzten beiden Legislaturperioden unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel ist Innovation, ist Bildung, ist Forschung und Technologie. Vor allem die 2006 gestartete Hightech-Strategie mit einem Aufwuchs von über sechs Milliarden Euro von 2006 – 2009 und noch einmal sechs Milliarden Euro 2010-2013 ist ein Highlight der Regierungspolitik. In diesem Jahr investiert der Bund insgesamt über 13 Milliarden Euro in Forschungs- und Entwicklungsprojekte.

Dieser Aufwuchs der staatlichen Förderung hat offensichtlich seine Wirkung auch in der Wirtschaft nicht verfehlt, denn diese hat seit 2005 – trotz Wirtschaftskrise – ihre eigenen Anstrengungen in Forschung und Entwicklung fast in der gleichen Weise gesteigert wie die Bundesregierung.

Die große Innovationsstärke unserer Unternehmen hat uns geholfen, schneller und stärker aus der Krise zu kommen als andere Länder. Und sie wird uns helfen, auch künftig unsere Wirtschaftskraft zu erhalten und Wachstum und Arbeit bei uns im Land zu sichern – und gleichzeitig unseren Beitrag zu leisten bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit: die alternde Gesellschaft fit zu machen für die Zukunft, die Energieversorgung zu sichern, den Klimawandel zu bekämpfen und die Ernährung einer wachsenden Menschheit zu sichern.

Gerade der forschende Mittelstand und junge Technologieunternehmen und Hightechgründer spielen eine wesentliche Rolle dabei, den technischen Fortschritt im globalen Innovationswettbewerb voranzutreiben, denn sie sind eher als große Unternehmen in der Lage, flexibel zu reagieren und neue Ideen aus der Forschung schnell in neue Produkte und Anwendungen umzusetzen und neue Märkte zu erschließen. Um hier noch mehr Wirkung zu erzielen – denn die Konkurrenz auf den Weltmärkten ist uns immer dichter auf den Fersen – fließen in diesem Jahr über eine Milliarde Euro der Forschungsfördermittel des Bundes in den innovativen Mittelstand. Wichtige Aushängeschilder sind hier das ZIM, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, und das Pro-

gramm KMU-Innovativ.

In unserer wohl angelegten Gesamtstrategie in der Forschungsförderung, die insbesondere vom Bundesforschungsministerium und vom Bundeswirtschaftsministerium getragen wird, gibt es zwei Bereiche, in denen wir mit neuen und unbürokratischen Instrumenten unsere Stärken noch weiter stärken können. Und hier ist in erster Linie das Bundesfinanzministerium gefragt.

### Erstens geht es um den Bereich Wagniskapital

Gerade Hightechunternehmen sind bei Gründung und Wachstum auf Investitionen von Wagniskapital angewiesen, denn hier werden über die ersten Jahre oft Millionensummen verbraucht, bevor schwarze Zahlen geschrieben werden können. Das ist nicht über Bankkredite zu finanzieren. Das gilt insbesondere für den Wachstumsmarkt Biotechnologie.

Doch der Wagniskapitalmarkt in Deutschland ist noch stark unterentwickelt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die Wagniskapitalinvestitionen in Großbritannien rund doppelt so hoch und in den USA viermal so hoch wie bei uns. Auch bei den Business Angels, die jungen Technologie-Startups nicht nur mit Geld, sondern auch mit ihrer Erfahrung zur Seite stehen, liegen wir im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern weit hinten.

Mit seinen hervorragenden staatlichen Fondseingagements hat der Staat inzwischen die Grenzen dessen erreicht, was der Staat leisten kann, um die Situation im Bereich Wagniskapital zu verbessern: mit den EXIST-Programmen zur Förderung der Gründungen aus Hochschulen; mit dem ERP-Startfonds der KfW; mit dem ERP/EIF-Dachfonds des BMWi und des europäischen Investitionsfonds; und vor allem mit dem „High-Tech-Gründerfonds“, ohne den der deutsche Markt für Seed-Finanzierungen praktisch brachliegen würde.

Jetzt gilt es vor allem, die Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital weiter zu verbessern und unseren Wagniskapitalstandort international attraktiver zu machen.

Die Forschungs- und Wirtschaftspolitiker der Koalitionsfrakti-

onen im Bundestag setzen sich hier insbesondere für bessere steuerliche Rahmenbedingungen ein und haben folgende Eckpunkte in die Diskussion eingebracht:

Insbesondere wollen wir erreichen, dass die Verlustvorträge beim Anteilseignerwechsel von innovativen Start-ups erhalten bleiben, und dass Business Angels nach angelsächsischem Vorbild Steuererleichterungen erhalten, wenn sie ihre Gewinne in junge Technologiefirmen reinvestieren. Wir arbeiten auch daran, die Management Fees in Wagniskapitalfonds wie in anderen Ländern von der Umsatzsteuer zu befreien. Und institutionelle Investoren wie Versicherungen sollen durch eine Garantiefacilität für Investitionen in Wagniskapitalfonds mobilisiert werden. Außerdem gilt es, die steuerliche Transparenz von Wagniskapitalfonds gesetzlich zu regeln, das heißt deren Einstufung als vermögensverwaltend verbindlich zu machen, damit die Besteuerung nur auf Investorenebene und nicht auf Fondsebene stattfindet – das ist internationaler Standard.

Der Ausgang der Diskussion ist leider offen, denn die Schuldenkrise in der Eurozone schränkt die Großzügigkeit des Finanzministers in diesem Bereich erheblich ein. Allerdings erhoffe ich mir hier Fortschritte im Rahmen des Innovationsdialogs zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft, in den ich unsere Vorschläge ebenfalls eingebracht habe.

### **Zweitens geht es um den Bereich steuerliche Forschungsförderung**

Zur Verbreiterung unserer Innovationsbasis wollen wir auch das Instrument der steuerlichen Forschungsförderung in Deutschland einführen, mit der die Mehrzahl der OECD-Länder schon erfolgreich arbeitet, allen voran Großbritannien, Frankreich, Österreich und die USA. Das hat auch die Expertenkommission Forschung und Innovation, die die Bundesregierung berät, bereits mehrfach empfohlen. Hierzu wollen wir noch in dieser Legislaturperiode ein Konzept im Rahmen eines steuerlichen Gesamtkonzepts verwirklichen, das die drei stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Meister, Michael Fuchs und Michael Kretschmer vorgelegt haben, und zwar mit folgenden Eckpunkten:

Die steuerliche Forschungsförderung soll die Projektförderung ergänzen. Die Kosten dürfen maximal 1,5 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Die Förderung soll in Form einer Steuergutschrift auch in Verlustphasen gewährt werden. Bemessungsgrundlage sollen die F+E-Personalkosten sein. Für KMU und Großunternehmen soll es unterschiedliche Fördersätze geben. Mehrfachförderung wird ausgeschlossen. Die Vorteile eines solchen Konzepts liegen auf der Hand: Es

ist auch für Gründer attraktiv. Es ist unbürokratisch, technologie- und branchenoffen. Es ist breit und schnell wirksam. Es kann viele zusätzliche Unternehmen an die Forschung heranführen, die durch die Projektförderung nicht erreicht werden. Und es animiert die Unternehmen in der Regel zu einer Forschungsinvestition in gleicher Höhe wie die Steuerersparnis, wie Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen.

Wir brauchen jetzt den Mut zu neuen Schritten, um die Innovationsstärke unserer Wirtschaft auch künftig zu sichern – zum Wohl für uns alle.



## Neues von der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission will die Regionalförderung und die Mittelvergabe aus dem Europäischen Sozialfonds künftig an weniger inhaltlichen Prioritäten orientieren und mit klaren Zielvorgaben verknüpfen. Regionen, die beim Erreichen dieser Ziele am besten abschneiden, können künftig mit einer Belohnung rechnen. Wenn EU-Mittel andererseits wegen mangelnder Verwaltungskapazitäten oder durch unsoliden Wirtschaften nicht wirkungsvoll verwendet werden, soll die Kommission zukünftig die Finanzierung aussetzen können. Zudem schlägt die Kommission ein einziges, vereinfachtes Regelwerk für fünf europäische Fonds vor. Bei der Regionalförderung sehen die Vorschläge der Kommission eine neue Förderkategorie vor, sogenannte „Übergangsregionen“ mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zwischen 75 und 90 Prozent des EU-weiten Durchschnitts. Europaweit wären dies 51 Regionen, von denen 20 nach den geltenden Regeln ab 2014 keine Regionalförderung mehr erhalten würden, jetzt aber weiterhin mit Unterstützung rechnen könnten.

Im Paket enthalten sind auch Vorschläge für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und für ein neues Programm für sozialen Wandel und soziale Innovation, um den Europäischen Sozialfonds zu ergänzen und zu untermauern.

Die Vorschläge der Kommission werden nunmehr von den EU-Mitgliedstaaten und vom Europäischen Parlament erörtert. Ziel ist eine Annahme vor Ende 2012, damit die neuen kohäsionspolitischen Programme im Jahr 2014 anlaufen können. Parallel dazu gehen die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen für den gesamten EU-Haushalt weiter. Die Kommission hat bereits vorgeschlagen, für den Zeitraum 2014 – 2020 den kohäsionspolitischen Instrumenten 336 Milliarden Euro zuzuweisen.

KURZNACHRICHTEN +++ KURZNACHRICHTEN +++ KURZNACHRICHTEN +++ KURZNACHRICHTEN +++ KURZNACHRICHTEN

++++

Die EU-Kommission hat am 11. Oktober 2011 einen Vorschlag für eine Verordnung über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht vorgelegt. Die Kommission will damit für den gesamten europäischen Binnenmarkt einheitliche Rechtsvorschriften über Kaufverträge, Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte sowie die Erbringung hiermit jeweils zusammenhängender Dienstleistungen zur Verfügung stellen.

Dieses gemeineuropäische Kaufrecht ist von der Kommission als fakultatives Instrument gedacht, das neben die geltenden Vertragsrechtsbestimmungen der Mitgliedstaaten tritt und auf dessen Anwendung sich Verbraucher und Unternehmen verständigen können. Die seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Jahr 1900 in Deutschland bestehende Einheitlichkeit des gesetzlichen Vertragsrechts würde damit beendet.

Der Anwendungsbereich des Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts soll sich nur auf Verträge mit grenzüberschreitendem Bezug zwischen Unternehmen und Verbrauchern sowie zwischen Unternehmen erstrecken, sofern ein sogenanntes kleines und mittleres Unternehmen beteiligt ist.

Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begegnet der Vorschlag einer Reihe von Bedenken, die bereits Eingang in eine fraktionsübergreifend verabschiedete Stellungnahme des Bundestages zu den sich abzeichnenden Plänen der Kommission im Januar 2011 gefunden hatten. Der Mehrwert, den sich die Kommission für den europäischen Binnenmarkt verspricht, ist zumindest äußerst fraglich. Denn anders als beim Inkrafttreten des BGB in Deutschland gibt es heute im europäischen Rechtsraum keinen einheitlichen Gerichtsaufbau, kein einheitliches Prozessrecht, keine breit akzeptierte Zivilrechtsdogmatik und für alle verständliche Rechtsprache. Damit ist Rechtsunsicherheit vorprogrammiert.

Die Koalitionsfraktionen werden sich in den kommenden Wochen daher intensiv mit dem Vorschlag befassen und ihn kritisch prüfen.

++++

Der Bundestag hat den Gesetzentwurf zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen in 2./3. Lesung beschlossen.

++++

++++

Die Bundesregierung will 430 Millionen Euro aus dem ERP-Sondervermögen zur Wirtschaftsförderung bereitstellen. Dabei handelt es sich unter anderem um Finanzierungshilfen zur Unterstützung von Unternehmen sowie um Exportförderungen, geht aus dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2012 hervor. Außerdem sollen Unternehmen und Angehörige Freier Berufe zinsgünstige Finanzierungen mit einem Volumen von 6,67 Milliarden Euro erhalten.

++++

Die Fraktion von CDU/CSU und FDP setzen auf Nanotechnologie. Im Rahmen des Aktionsplans Nanotechnologie 2015 sollen daher zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden, um diese Technologie zu erschließen. Deutschland müsse seine führende Rolle in der Diskussion um die Zukunftstechnologie auf nationaler und europäischer Ebene absichern. Sowohl die angesichts eines verschärften internationalen Wettbewerbs steigenden finanziellen Belastungen als auch die hierdurch entstehenden Risiken könnten nur noch schwer von den Unternehmen eigenständig erbracht und getragen werden. Die Zukunftstechnologie könne zudem nur dann nachhaltig erschlossen werden, wenn ausreichend in die Risiko- und Sicherheitsforschung investiert wird. Dies trage zu einer nachhaltigen Analyse aller Vorteile und Risiken der Nanotechnologie bei. Nanomaterialien seien nicht per se risikobehaftet. Kleine und mittlere Unternehmen machen rund 80 Prozent der Nanotechnologieunternehmen in Deutschland aus.

++++

Der Bundestag hat in Erster Lesung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Rechts der Verbraucherinformation beraten. Ziel ist die umfassendere, schnellere und aktivere Information der Bürger über bestimmte Produkteigenschaften und verbraucherrelevante Sachverhalte etc. als heute. Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften bzw. Grenzwertüberschreitungen müssen die Behörden künftig zwingend veröffentlichen. Geplant ist zudem eine deutliche Ausweitung des Anwendungsbereiches auf Verbraucherprodukte im Sinne des Produktsicherheitsgesetzes. Der PKM setzt sich dafür ein, dass die – für sich genommen – nachvollziehbare Zielsetzung so ausgestaltet ist, dass die berechtigten Interessen der Unternehmen, insbesondere der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, gewahrt bleibt.

KURZNACHRICHTEN +++ KURZNACHRICHTEN +++ KURZNACHRICHTEN +++ KURZNACHRICHTEN +++ KURZNACHRICHTEN

++++

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Optimierung der Geldwäscheprävention wurde kontrovers in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses diskutiert. Mit dem Gesetzentwurf sollen unter anderem die Empfehlungen der „Financial Action Force on Money Laundering“ (FATF) umgesetzt werden. Geplant sind unter anderem erweiterte Sorgfalts- und Meldepflichten, die Ausweitung bestimmter Pflichten auf den „Nichtfinanzsektor“ (unter anderem Immobilienmakler, Spielbanken, Steuerberater und Rechtsanwälte) und die schärfere Sanktionierung von Verstößen. Ziel ist es, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auch bei komplexen Transaktionen und Geschäftsbeziehungen zu erschweren. In Zukunft sollen persönliche Daten beim Erwerb von anonymen Prepaid-Karten erfasst werden müssen. Außerdem sollen Betriebe mit mindestens neun Beschäftigten einen „Geldwäschebeauftragten“ ernennen müssen. Für die Wirtschaft wären damit zusätzliche Belastungen verbunden. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren wird daher darauf zu achten sein, dass die beabsichtigten Ziele nicht mit unverhältnismäßigem Aufwand für die Wirtschaft verbunden sind.

Die 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag ist für den 11. November 2011 geplant.

++++

Der Bundestag hat den Gesetzentwurf zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen in 2./3. Lesung beschlossen. Gegenüber dem Kabinettsbeschluss enthält er zahlreiche Neuerungen, darunter Auskunftsrechte für investitionswillige Unternehmen bei der BNetzA über die zu erwartenden regulatorischen Rahmenbedingungen beim Auf- und Ausbau von Breitbandnetzen. Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen können ebenso für den Ausbau genutzt werden wie Eisenbahntassen oder andere Infrastrukturen, die sich dafür eignen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, neue Verlegungstechniken zu verwenden – abweichend von den Allgemeinen Technischen Bestimmungen. Nach Möglichkeit bereits 2015, spätestens aber 2018, sollen flächendeckend Breitbandanschlüsse mit einer Bandbreite von 50 MBit/s zur Verfügung stehen. Aus Verbrauchersicht sind ebenfalls zahlreiche Verbesserungen enthalten: Unter anderem sollen Anrufer künftig nicht mehr für Warteschleifen zahlen müssen.

++++

++++

Der Gesetzentwurf zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts ist in 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag beschlossen worden. Mit dem Gesetz wird zum einen die EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt, zum anderen wird die Abfallwirtschaft mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Ressourceneffizienz ökologisch fortentwickelt. Bis zum Jahr 2020 sollen 65 Prozent aller Siedlungsabfälle recycelt und 70 Prozent aller Bau- und Abbruchabfälle stofflich verwertet werden. Spätestens ab dem Jahr 2015 müssen flächendeckend Bioabfälle sowie Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfälle getrennt gesammelt werden.

Die bestehende Aufgabenverteilung zwischen Kommunen und Privatwirtschaft in der Entsorgung wird mit Blick auf mehr Rechts- und Planungssicherheit präzisiert. Kommunen bleiben für die Hausmüllentsorgung wie bisher umfassend verantwortlich. Zwar sind zur hochwertigen Verwertung werthaltiger Haushaltsabfälle auch gewerbliche Sammlungen grundsätzlich zulässig. Die gesetzlichen Anforderungen an gewerbliche Sammlungen stellen aber sicher, dass die kommunale Entsorgung hierdurch nicht gefährdet wird.

Schließlich schafft das Gesetz die Rechtsgrundlage für die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne oder einer einheitlichen Wertstofffassung in vergleichbarer Qualität“. Danach sollen künftig Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen einheitlich haushaltsnah entsorgt werden können.

++++

Die für die Berechnung der Umsatzsteuer maßgeblichen Grenze für die „Soll-Ist-Versteuerung“ wird über den 31. Dezember 2011 hinaus dauerhaft bei 500.000 Euro liegen. Der Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, in dem die Entfristung geregelt wird, wurde am 20. Oktober 2011 in 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag beschlossen. Für kleine und mittlere Unternehmen mit Umsätzen bis 500.000 Euro ist die Regelung vorteilhaft, weil sie die Steuer an das Finanzamt erst abführen müssen, wenn der Kunde gezahlt hat.

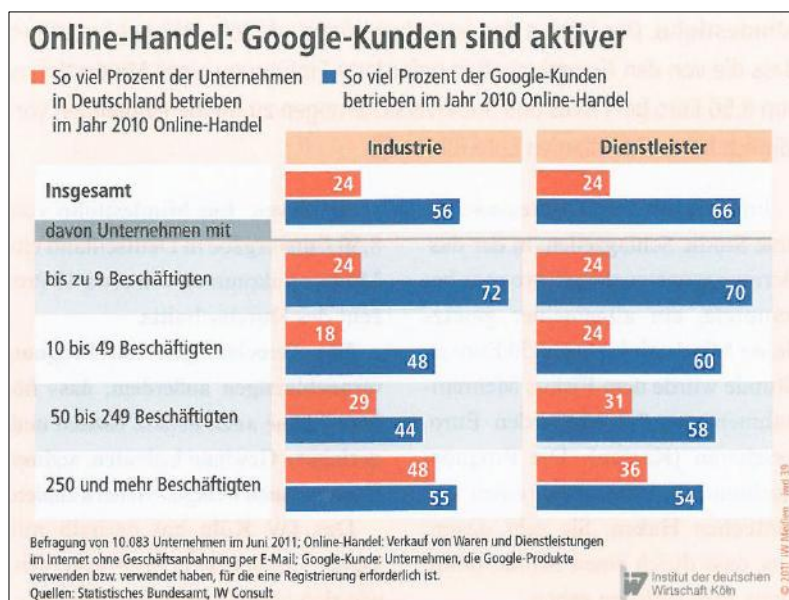
++++

## Der Google-Faktor: Online-Handel und noch viel mehr

Google ist längst viel mehr als eine Suchmaschine. Deutsche Unternehmen nutzen auch die zahlreichen anderen Produkte wie das Werbetooll AdWords, das Web-Analysetooll Analytics oder den Google-Übersetzer.

Wie eine Befragung der IW Consult von mehr als 10.000 Unternehmen im Sommer 2011 zeigt, gibt es dabei je nach Branche unterschiedliche Vorlieben. So arbeitet der exportorientierte Automobilbau besonders häufig mit dem Übersetzer, die Bauwirtschaft unterstützt die Planung ihrer Projekte mit Google Earth, die EDV-Branche surft mit dem Webbrowser Chrome und der Einzelhandel nutzt das Merchant Center, um seine Produkte im Netz zu platzieren. Dabei verwenden die Kunden nicht nur ein einzelnes Produkt, sondern im Durchschnitt mehr als vier verschiedene. In 28 Prozent der befragten Unternehmen kommen sogar sechs oder mehr Google-Produkte zum Einsatz.

Die Studie der IW Consult zeigt, dass Google-Kunden Vorreiter im Online-Geschäft sind (Grafik):



In Deutschland betreiben 24 Prozent der Industrieunternehmen Online-Handel – bei Google-Kunden sind es mehr als doppelt so viele.

Aber auch für Unternehmen ohne eigenen Online-Shop ist das Internet ein bedeutender Erfolgsfaktor. Tatsächlich zielen auch nur 28 Prozent der befragten Google-Kunden mit ihrer Webseite darauf ab, im Netz Geld zu verdienen. Viel wichtiger, sagt mehr als ein Drittel der Unternehmen, ist der

Kontaktaufbau zu potenziellen Kunden. Immerhin jeder fünfte Betrieb will durch seinen Webauftritt vor allem sein Image pflegen.

Die Erwartungen werden offenbar bestens erfüllt. So haben die Kundenkontakte der Unternehmen seit dem Einsatz der Google-Tools im Schnitt um 25 Prozent zugenommen, und der Umsatz ist um 23 Prozent gestiegen. Die Firmen generieren über Google-Marketing insgesamt 36 Prozent aller Online-Kundenkontakte und 35 Prozent ihres Online-Umsatzes.

Für jeden Euro, den deutsche Unternehmen für Google-Marketingtools ausgeben, steigt der Umsatz im Online-Geschäft um durchschnittlich fast acht Euro, über klassische Verkaufskanäle kommen noch circa vier Euro dazu – der Gesamtumsatz steigt somit um knapp 12 Euro.

Positiv wirkt sich der Gebrauch von Google auch auf den Arbeitsalltag aus, denn durch die Online-Suche haben Mitarbeiter mehr Zeit für andere produktive Tätigkeiten. Dieser „Google-Suche-Effekt“ spart deutschen Unternehmen pro Mitarbeiter und Tag fast sieben Euro.

Auch das Programm Google Apps vereinfacht den Joballtag. Diese webbasierten Büroanwendungen werden von 17 Prozent der befragten Unternehmen genutzt. Mehr als zwei Drittel von ihnen gaben an, dass Informationen durch den Einsatz dieser Produktfamilie besser verfügbar seien. Bei mehr als 40 Prozent verläuft die Kommunikation mit Kunden und Mitarbeitern effizienter; weitere 30 Prozent stellen fest, dass ihre Beschäftigten durch Google Apps kreativer arbeiten.

## Stärkung der Zusammenarbeit von Behörden im EU-Binnenmarkt



Die EU-Kommission hat einen Verordnungsentwurf für das Binnenmarktinformationssystem „IMI“ (Internal Market Information System) vorgelegt. Bei IMI handelt es sich um eine IT-Anwendung zur Vernetzung von Behörden innerhalb des EU-Binnenmarktes.

Der grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit nationaler Behörden kommt im Binnenmarkt eine immer größere Bedeutung zu. Bürger und Unternehmen haben ein berechtigtes Interesse an einer schnellen Klärung grenzüberschreitender Verwaltungsangelegenheiten.

Mit ihrem Verordnungsvorschlag kommt die EU-Kommission einer langjährigen deutschen Forderung nach. Erstmals wird für IMI eine verbindliche Rechtsgrundlage geschaffen. In der Verordnung sollen insbesondere Datenschutzfragen abschließend geklärt sowie einheitliche Regelungen zur Nutzung von IMI aufgestellt werden. Damit erhält IMI auch eine solide Basis für mögliche Erweiterungen in der Zukunft. Bereits heute hat sich IMI in den Kernbereichen des Binnenmarktes – der Niederlassungsfreiheit und der Dienstleistungsfreiheit – als hilfreiches Instrument zur Vernetzung deutscher Behörden mit ihren Kollegen innerhalb der EU etabliert.

Die elektronische Vernetzung der nationalen Behörden hilft, Rechtsfragen zügig zu klären und das Binnenmarktrecht korrekt anzuwenden. Sprachbarrieren werden durch automatisierte Übersetzungen überwunden. Zuständige Stellen im EU-Ausland können von deutschen Behörden zügig gefunden und erforderliche Informationen bei den richtigen Ansprechpartnern eingeholt werden. Hierdurch gelingt es deutschen Stellen, über Anträge auf Anerkennung von in der EU erworbenen Berufsqualifikationen schnell zu entscheiden und Fragen zu Dienstleistungsunternehmen zeitnah zu beantworten. Davon profitieren Bürger und Unternehmen.

## Gesetzliche Rente und Altersvorsorge

Das Thema private Altersvorsorge ist hauptsächlich für die mittleren Jahrgänge wichtig. Bei den Jüngeren besteht noch Nachholbedarf.

Mehr als sieben von zehn Befragten im Alter von 30 – 59 Jahren interessieren sich sehr oder etwas für die private oder betriebliche Altersvorsorge, bei den Jüngeren sind es nur 52 Prozent. So geben denn auch beispielsweise 88 Prozent der 30- bis 44-Jährigen an (52 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen), bereits vorgesorgt zu haben. Hier ist zu vermuten, dass auch Immobilien zur Privatvorsorge gezählt werden.

Anlagedauer	3%	4%	5%	6%	7%
5 Jahre	6.475	6.640	6.810	6.984	7.163
10 Jahre	13.980	14.720	15.502	16.331	17.209
20 Jahre	32.768	36.508	40.794	45.578	51.060
30 Jahre	58.018	68.760	81.886	97.954	117.652
40 Jahre	91.592	116.502	148.886	191.751	248.647
50 Jahre	137.556	187.170	258.022	359.728	506.335
Quelle: DIA					

Den Generationenvertrag als Basis des gesetzlichen Rentensystems, bei dem die Beiträge der beruflich Aktiven die Renten finanzieren, bejahen generell 69 Prozent der Bevölkerung, bei den Jungen sind es dagegen nur 59 Prozent. Allerdings werden höhere Beiträge von mehr als zwei Drittel insgesamt und drei Viertel der 18- bis 29-Jährigen abgelehnt. Als Ausweg können sich 61 Prozent mehr private Vorsorge, 35 Prozent höhere Steuerzuschüsse, 22 Prozent höhere Beiträge und nur 11 Prozent niedrigere Renten vorstellen. Nur jeder Fünfte würde einen späteren Renteneintritt in Kauf nehmen. Diese Lösung befürworten mit 29 Prozent etwa doppelt so viele Abiturienten und Akademiker wie Hauptschulabsolventen (15 Prozent).

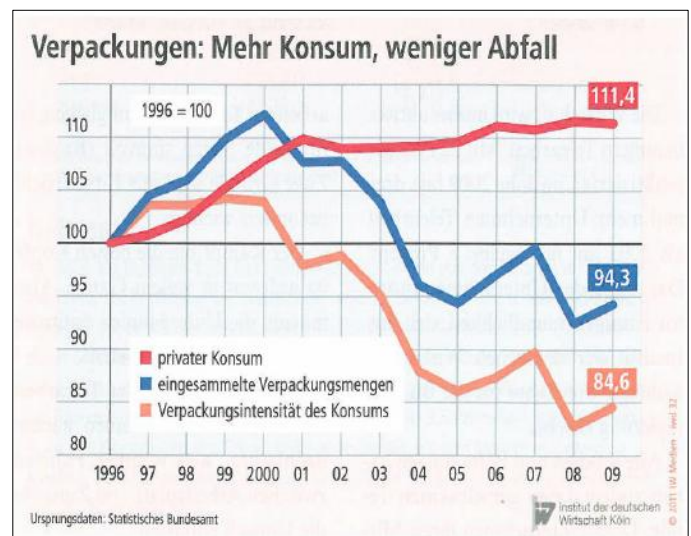
Der heutigen Rentnergeneration geht es überwiegend gut. Im Durchschnitt erhalten Rentnerpaare eine gesetzliche Rente von 1.967 Euro (Osten 1.830 Euro / Westen 2.006 Euro). Sechs von zehn Rentner im Osten (vier von zehn im Westen) erhalten allerdings weniger, dagegen liegen 29 Prozent im Osten und 41 Prozent im Westen über dem Durchschnitt. Singlerentner erhalten im Schnitt 1.023 Euro (Osten 925 Euro / Westen 1.042 Euro). Dazu kommen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge: Bei Paaren sind es durchschnittlich 970 Euro (Osten 761 Euro / Westen 1.004 Euro), bei Alleinstehenden im Mittel 456 Euro (Osten 322 Euro / Westen 475 Euro).

## Elektroschrott – heute Müll, morgen begehrter Rohstoff?

Acht Jahre nach Einführung der europäischen Entsorgungsrichtlinien hat sich beim Recycling von Elektroschrott nur wenig bewegt. Laut IT-Profimagazin könnte sich das mit der Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen, vor allem seltener Metalle, ändern.

Moderne elektronische Geräte benötigen eine enorme Menge unterschiedlicher Rohstoffe. Besonders in IKT-Produkten wie Smartphones, Bildschirmen, Notebooks oder Fernsehern steckt eine Vielzahl an wertvollen und zum Teil seltenen Rohstoffen. Kam ein Mikroprozessor der 80er Jahre mit etwa zwölf verschiedenen chemischen Elementen aus, wird heute mit etwa 60 Elementen das halbe Periodensystem verbaut. Dazu kommt eine immer kürzere Lebenszeit dieser Produkte. Am Ende landen die meisten Elektrogeräte auf einer Mülldeponie oder werden als Elektronikschrott in die dritte Welt exportiert, wo eine wenig sachgemäße und überaus gefährliche Demontage stattfindet. Das ist nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern auch aus Sicht der Gewinnung wertvoller Rohstoffe ökonomisch zunehmend problematisch.

Leider gibt es bisher nur wenig Anreize für die Hersteller, ihre Produkte recyclingfreundlich und ökologisch günstig zu gestalten. Bisher wurde ihnen die Entsorgung häufig nicht einmal in Rechnung gestellt. Mit der Entsorgungsrichtlinie WEEE (Waste Electrical and Electronic Equipment) hat die EU zwar einen ersten Schritt gemacht, der den Elektronikschrott verringern soll. Doch trotz ausgefeilter Verfahren bildet Recycling nur einen Weg. Besser wäre es, seltene Rohstoffe gar nicht erst zu verwenden und neue Techniken zu entwickeln, mit denen man gängige Produkte umwelt-



freundlicher und ressourcenschonender herstellen kann und den Einsatz bestimmter Rohstoffe völlig vermeidet.

Die stetig steigenden Rohstoffpreise werden jedoch die Situation in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich verändern. Was heute noch als Müll gilt, wird vermutlich in wenigen Jahren wertvoller Rohstoff sein. Zudem ist der Druck von Konsumenten, besonders größerer Betriebe, auf Produzenten und Zulieferer nicht zu unterschätzen.



## Einmal pro Woche in den Supermarkt



Einblicke in die Einkaufsgewohnheiten deutscher Verbraucherinnen und Verbraucher gibt eine Forsa-Umfrage im Auftrag des BMELV. Darin geben 57 Prozent der Verbraucher an, mehrmals pro Woche einzukaufen. 32 Prozent kaufen einmal pro Woche ein, zwei Prozent alle zwei Wochen und ein Prozent nur einmal im Monat. Sechs Prozent haben die Möglichkeit und den Bedarf, sich täglich mit Lebensmitteln zu versorgen. Während elf Prozent der Hausfrauen jeden Tag Lebensmittel einkaufen, tun dies gerade einmal fünf Prozent der Arbeitnehmer.

Der bevorzugte Ort des Einkaufs von Lebensmitteln bleibt mit großem Abstand der Supermarkt: 82 Prozent der Bundesbürger kaufen häufig, 17 Prozent mindestens „hin und wieder“ dort ein. Auf Wochenmärkten kaufen 15 Prozent häufig, 53 Prozent hin und wieder, 31 Prozent aber nie ihre Lebensmittel ein. Im Bioladen kaufen zwölf Prozent häufig, 40 Prozent hin und wieder und 48 Prozent nie Lebensmittel ein. Direkt auf dem Bauernhof kaufen nur acht Prozent der Verbraucher häufig und 38 Prozent hin und wieder ihre Lebensmittel ein. 57 Prozent nutzen laut Umfrage nie diese Möglichkeit.

Hintergrund der Umfrage: Das BMELV lässt derzeit eine umfassende Untersuchung erstellen, die erstmals konkrete und belastbare Zahlen über die Art und Menge der Nahrungsmittel liefern soll, die in Deutschland Jahr für Jahr auf dem Müll landen. Auch die Gründe für die europaweit steigenden Wegwerfraten sollen aufgedeckt werden. Bis Ende 2011 sollen erste Ergebnisse vorliegen. Ziel der Bundesregierung ist es, weitere Vorschläge zur Abfall-Verringerung zu erarbeiten. Durch bewussteres Einkaufen und kreatives Kochen ließe sich die Abfallquote spürbar senken. Auch im Geldbeutel macht sich ein verantwortungsvoller Umgang mit Lebensmitteln bemerkbar: Experten gehen davon aus, dass in deutschen Haushalten pro Jahr und Person Lebensmittel im Wert von rund 330 Euro auf dem Müll landen.

Wie das Ministerium bereits in ersten, im Frühjahr 2011 veröffentlichten Befragungen hatte ermitteln lassen, geben rund 84 Prozent der befragten Verbraucher an, sie werfen Lebensmittel weg, weil das Haltbarkeitsdatum abgelaufen oder die Ware verdorben sei. 19 Prozent nennen zu große Packungen als Hauptgrund. 16 Prozent der Bürger werfen Lebensmittel weg, weil sie ihnen „nicht schmecken“. Und rund ein Viertel gab an, zu viel gekauft zu haben. In der

Erhebung sagten 58 Prozent, dass in ihrem Haushalt regelmäßig Lebensmittel weggeworfen würden. 69 Prozent der Bürger sagen, sie haben beim Wegwerfen von Lebensmitteln ein schlechtes Gewissen.

Über bewusstes Einkaufen und den verantwortlichen Umgang mit Lebensmitteln informiert die Servicekarte des Verbraucherschutzministeriums, kostenlos abrufbar im Internet unter [www.bmelv.de/servicekarte-lebensmittelabfall](http://www.bmelv.de/servicekarte-lebensmittelabfall).

### Schutz vor Kostenfallen im Internet

Verbraucher werden immer wieder Opfer von Kosten- und Abo-Fallen im Internet – obwohl das geltende Recht bereits umfangreichen Schutz bietet. Unseriöse Unternehmen verschleiern durch die unklare oder irreführende Gestaltung ihrer Internetseiten bewusst, dass ihre Leistung etwas kostet.

Nach dem Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum besseren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr soll ein Vertrag im Internet künftig nur zustande kommen, wenn dem Verbraucher vor der Bestellung alle erheblichen Informationen verständlich zur Verfügung gestellt werden. Hierzu gehört vor allem auch eine mögliche Zahlungsverpflichtung.

Der Verbraucher muss dann durch eine Schaltfläche – einen speziellen „Button“ – gewarnt werden, bevor er eine Zahlungsverpflichtung eingeht. Unternehmen müssen künftig die Bestellschaltfläche mit den Worten „zahlungspflichtig bestellen“ oder einer anderen ebenso unmissverständlichen Beschriftung versehen.

Der neue Internetbutton soll wirksam vor Kostenfallen im Internet schützen. Verbraucher sind nur zur Zahlung verpflichtet, wenn sie bei der Bestellung ausdrücklich bestätigen, dass sie die Kostenpflicht kennen. Um Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr besser zu schützen, sieht der Gesetzentwurf Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch vor.

Aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa soll der elektronische Geschäftsverkehr sicherer gestaltet werden. Deshalb wird auf europäischer Ebene eine Richtlinie für Verbraucherrechte mit einer entsprechenden Regelung beraten.



## Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation

2009 haben das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag die „Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation“ geschlossen.

Die Partnerschaft soll dazu beitragen, die ambitionierten Klimaschutzziele des Integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung von 2007 zu erreichen:

- 40 Prozent weniger Emission von klimaschädlichen Treibhausgasen im Jahr 2020 gegenüber 1990
- 20 Prozent mehr Energieeffizienz im Jahr 2020 gegenüber 1990
- 20 Prozent mehr erneuerbare Energien im Jahr 2020 gegenüber 1990

Die Partnerschaft will erreichen, dass in den Unternehmen durch freiwillige Maßnahmen zusätzliche Energieeffizienzpotenziale erschlossen werden. Sie umfasst zwei Säulen: die Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe sowie die Informations- und Qualifizierungsoffensive von DIHK und Industrie- und Handelskammern (IHKs):

### „Klimaschutz Unternehmen – Die Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe der deutschen Wirtschaft“

Firmen, die in diese Gruppe aufgenommen werden, zeichnen sich dadurch aus, dass sie Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen in ihre Unternehmensstrategie integrieren, die Einsparerfolge dokumentieren und sich in bestimmten Abständen einem Prüfverfahren unterziehen.

So zeigen Mitglieder aus möglichst allen Branchen und Größenklassen vorbildhaft, dass sich Energieeffizienz und Klimaschutz auszahlen. Mit ihren Best-Practice-Beispielen sollen diese „Botschafter“ auch andere Unternehmer vom Nutzen der Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen überzeugen.

Mehr Infos hierzu gibt es unter:

[www.klimaschutz-unternehmen.de](http://www.klimaschutz-unternehmen.de)

### Informations- und Qualifizierungsoffensive von DIHK und IHKs

Diese andere Säule der Partnerschaft umfasst einerseits eine Informationsoffensive, in der Unternehmer vor Ort für die Themen Energieeffizienz und Klimaschutz sensibilisiert werden sollen. Zentraler Bestandteil sind Betriebsbesuche, bei denen sogenannte Energie-Coaches auf die Möglichkeiten einer Energieeffizienzberatung und auf passende Förderprogramme, Fortbildungsangebote oder Informationsveranstaltungen hinweisen. Bis Ende 2011 sind mehr als 5.000 solcher Besuche vorgesehen. Flankiert werden sie durch Großveranstaltungen, Informationsveranstaltungen, Workshops und Erfahrungsaustausch-Treffen zu unternehmensrelevanten Themen des Klimaschutzes und der Energieeffizienz.

Zum zweiten sollen im Rahmen der Qualifizierungsoffensive 3.300 Mitarbeiter aus Unternehmen zum „Energiemanager (IHK)“ weitergebildet werden. Ein Erfolg versprechendes Konzept: Im Jahr 2007 erbrachten die im Rahmen des Lehrgangs erstellten und umgesetzten Projektarbeiten eine durchschnittliche Einsparung von rund 300 Tonnen Kohlendioxid pro Teilnehmer. Ein „Einsteigerlehrgang“ und neue Vertiefungsmodule zu speziellen Themen des betrieblichen Energiemanagements komplettieren das Gesamtangebot der Qualifizierungsoffensive.

Mehr Infos hierzu gibt es unter: [klimaschutz.ihk.de](http://klimaschutz.ihk.de)

### Das Projektbüro

Koordiniert werden all diese Aktivitäten von dem beim DIHK angesiedelten Projektbüro der Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation. Sein Ziel ist es, die Klima- und Energieeffizienzgruppe aufzubauen und andere Unternehmen zu motivieren, selbst Ideen und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und ein besseres Klima einzusetzen.

Das Leistungsangebot des Projektbüros im Überblick:

- Know-how-Transfer durch Übermittlung aktueller Informationen rund um die Themen Klimaschutz und Energieeffizienz
- Vermittlung von Kontakten
- Bereitstellung von Argumentationshilfen und weitere Unterstützung (Toolbox) für Betriebsbesuche
- Unterstützung der IHK-Veranstaltungen durch Flyer, Banner und weiteres Informationsmaterial
- Einrichtung eines Referentenpools
- Öffentlichkeitswirksame Darstellung von klimafreundlichem Energieeffizienzengagement

Mehr Infos hierzu gibt es unter: [www.klimaschutz-partnerschaft.de](http://www.klimaschutz-partnerschaft.de) und [www.klimaschutz-unternehmen.de](http://www.klimaschutz-unternehmen.de).

## Studieren in Ostdeutschland immer beliebter

deutschen sind es immerhin 16 Prozentpunkte, sieben Prozent mehr als 2009.

Mehr Informationen erhalten Sie unter: [www.studieren-in-fernost.de/de/hintergrund](http://www.studieren-in-fernost.de/de/hintergrund).

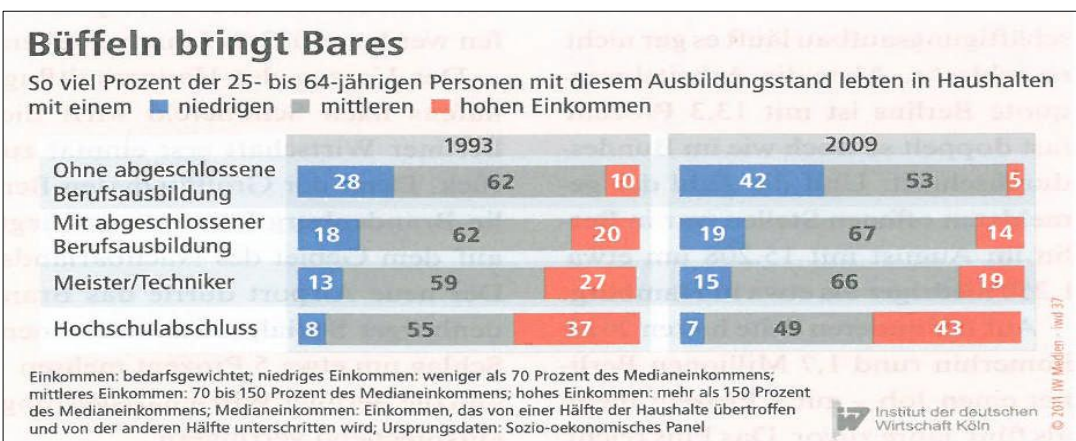


Die Hochschulinitiative Neue Bundesländer führte gemeinsam mit dem renommierten Institut für Marktforschung Leipzig aktuell eine Umfrage zur Hochschulwahl durch. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass für immer mehr Studieninteressierte im Alter von 16 bis 24 Jahren Ostdeutschland ein bevorzugter Studienstandort ist.

20 Prozent der Befragten geben an, in den neuen Bundesländern studieren zu wollen. Für 12 Prozent der Westdeutschen ist der Osten die erste Wahl.

Bei der ersten Befragung im Jahr 2009 zeichnete sich dagegen ein verhalteneres Bild ab: Nur fünf Prozent der Westdeutschen konnten sich vorstellen, im Osten zu studieren.

Aktuell beurteilen sogar 56 Prozent aller Umfrageteilnehmer bundesweit und 47 Prozent aller Westdeutschen das Hochschulangebot in Ostdeutschland als (sehr) attraktiv. Allein ein Viertel der Befragten (26 Prozent) geht davon aus, zukünftig ein Studium im Osten zu beginnen. Unter den West-



## 40 Jahre Bafög – ein Beitrag zu sozialem Aufstieg

Es war ein Schritt in Richtung Gerechtigkeit, als das Bundesausbildungsförderungsgesetz, besser bekannt als Bafög, am 1. September 1971 in Kraft trat. Jeder sollte unabhängig von sozialer Herkunft und wirtschaftlicher Lage studieren können. In den vergangenen Jahren haben mehr als vier Millionen Studenten und fast fünf Millionen Schüler von der Förderung profitiert. Das Bafög war und ist ein Signal, dass Aufstieg durch Bildung möglich ist.

### Bessere Breitenförderung

Aus Sicht der Bundesregierung ist eine verlässliche Finanzierung der Breitenförderung für Schülerinnen, Schüler und Studierende mindestens ebenso wichtig wie die Begabtenförderung. Die Bedarfssätze sind mit der Novelle des Gesetzes zum 1. Oktober 2010 um zwei Prozent erhöht worden. Damit steigt der Förderhöchstsatz für Studierende um 22 Euro auf 670 Euro monatlich. Die Elternfreibeträge sind um drei Prozent gestiegen. Der Kreis der Empfänger von Bafög erhöht sich damit um bis zu 60.000 Personen. Derzeit erhält ein gutes Viertel der rund 2,2 Millionen Studenten Bafög. Die durchschnittliche Förderung beträgt 436 Euro monatlich.

### Ausbildung und Familie besser vereinbar

Bei einmaligem Wechsel des Studienganges wird der neue Studiengang für die gesamte Regelstudienzeit gefördert. Für Masterstudierende steigt die Altersgrenze von 30 auf 35 Jahre. So können Bachelor-Studenten zunächst Berufserfahrung sammeln, anstatt sich direkt für einen Masterstudiengang zu entscheiden. Auch Studierende mit Kindern profitieren: Bei ihnen erhöht sich die Altersgrenze um die Erziehungszeit. Sie erhalten einen Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro für das erste und 85 Euro für jedes weitere eigene Kind unter zehn Jahren.

Die Bundesregierung setzt aber nicht nur auf Hochschulabschlüsse, sondern auch auf berufliche Fortbildung. Mit dem Meister-Bafög verwirklichen immer mehr Menschen ihren beruflichen Aufstieg. Ein Alleinstehender wird mit monatlich 675 Euro gefördert. Das sind 5,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Pro Kind erhält ein Fortbildungswilliger zusätzlich 210 Euro. Alleinstehende außerdem einen Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro pro Kind. Das erleichtert die Familien- und Ausbildungsplanung.

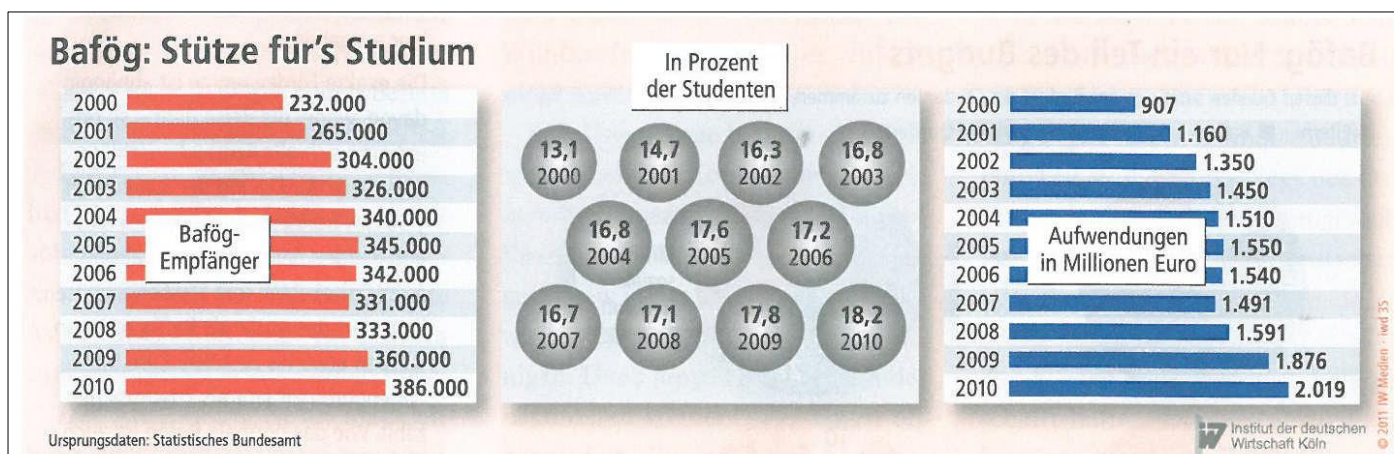
### Integration und Mobilität

Förderungsberechtigt sind nun auch alle Ausländer, die eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland haben. Dadurch ist die Anzahl der Bafög-Empfänger mit Zuwanderungsgeschichte seit 2007 um fast 42 Prozent auf derzeit über 60.000 Personen angestiegen.

Das Bafög hat sich zudem zu einem wichtigen Instrument für internationale Mobilität entwickelt: Seit 2008 kann ein vollständig im EU-Ausland oder der Schweiz durchgeführtes Studium mit Leistungen nach dem Bafög gefördert werden.

### Zusätzliche Haushaltsmittel eingeplant

Durch Aussetzung der Wehrpflicht und doppelte Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern drängen erheblich mehr Studenten an die Universitäten. Die Bundesregierung hat dafür zusätzliche Haushaltsmittel für das Bafög eingeplant. 2010 stieg die Zahl der Bafög-Empfänger um 43.000 auf einen neuen Höchststand seit der Wiedervereinigung. 916.000 Personen erhielten die staatliche Förderung, davon 592.000 Studierende und 324.000 Schüler.



## Die neue Gesundheitskarte kommt



Die Krankenkassen beginnen ab Oktober 2011, die elektronischen Gesundheitskarten auszugeben. Sie unterscheiden sich optisch vor allem durch das Lichtbild des Versicherten. Noch

können die neuen Karten nicht mehr als die vorherigen Gesundheitskarten. Doch das soll sich bald ändern.

Die ersten der rund 70 Millionen gesetzlich Versicherten in Deutschland erhalten ab Oktober ihre neue elektronische Gesundheitskarte. Bis zum 31. Dezember 2011 sollen 6,9 Millionen elektronische Gesundheitskarten verteilt sein.

Die elektronische Gesundheitskarte enthält vorerst die gleichen Verwaltungsdaten wie die alte Krankenversicherungskarte. Das sind:

- Name
- Geburtsdatum
- Anschrift
- Versichertennummer
- Versichertenstatus
- Geschlecht
- Zuzahlungsstatus

Weitere Informationen werden erst gespeichert, wenn die Infrastruktur weiter ausgebaut ist. Dann soll es möglich sein, über die Karte Notfalldaten wie Allergien oder chronische Krankheiten, Arztbriefe, Befunde oder die elektronische Patientenakte zu übermitteln. Bis dahin dürften noch ein paar Jahre vergehen.

### Versicherte entscheiden über Zugriff

Wenn es so weit ist, entscheidet der Versicherte, auf welche Daten die Mediziner Zugriff bekommen. Geplant ist, dass Patienten auch einsehen können, welche Daten und Befunde von ihnen gespeichert sind.

Neu ist auf der Karte das Lichtbild. So kann der Versicherte leichter erkannt werden, Missbrauch wird verhindert.

Die größte Veränderung hat das „Herz“ der Karte erfahren: an Stelle eines Speicherchips ist jetzt ein Mikroprozessorchip eingebettet. Mit diesem Mini-Computer kann die Karte Verschlüsselung, Authentifizierung und digitale Signatur leisten. Informationen können sicher abgelegt werden. Unbefugte können sie selbst mit modernen Hilfsmitteln nicht lesen oder kopieren. Nur für den Arzt oder Apotheker, oder wenn der

Versicherte seine PIN eingibt, sind die Informationen auf dem Chip lesbar.

### Schutz vor mechanischen Einwirkungen verbessert

Auf der Rückseite der Karte ist die Europäische Krankenversicherungskarte aufgedruckt. Damit erhält der Versicherte medizinische Leistungen in 27 EU-Staaten sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz.

Insgesamt ist die neue elektronische Gesundheitskarte auch besser gegen mechanische Einwirkungen wie Wasser oder Magneten von Handtaschen geschützt als beispielsweise eine EC-Karte. Diese Anforderungen wurden von vornherein an die Karte gestellt.

### Vorbereitungen in Arztpraxen laufen

Zurzeit erhalten Praxen, Krankenhäuser und Apotheken neue Kartenlesegeräte, die sowohl die alten als auch die neuen Gesundheitskarten lesen können. Ungefähr 80 Prozent der Arztpraxen in Brandenburg, 74 Prozent der Praxen in Berlin oder 77 Prozent der Praxen in Niedersachsen sind schon mit den neuen Lesegeräten ausgestattet. Insgesamt müssen rund 123.000 Einzelpraxen, Praxisgemeinschaften, medizinische Versorgungszentren und andere Einrichtungen mit der neuen Hard- und Software ausgestattet werden.

Mehr Informationen erhalten Sie unter:

[www.bmg.bund.de/krankenversicherung/elektronische-gesundheitskarte.html](http://www.bmg.bund.de/krankenversicherung/elektronische-gesundheitskarte.html)

### Bundesverkehrsministerium schaltet „Baustellenmelder“ frei

Das Bundesverkehrsministerium nimmt den Kampf gegen so genannte „schlafende Baustellen“ auf, an denen nicht gearbeitet wird. Auf der Internetseite ist ein Formular hinterlegt, mit dessen Hilfe Baustellen gemeldet werden können, an denen nicht oder nur schleppend gearbeitet wird. Die Daten werden auch an die zuständigen Länder oder Kommunen weitergeleitet. Für telefonische Meldungen gilt derzeit noch eine allgemeine Service-Nummer. Sie soll in Kürze durch eine rund um die Uhr aktive Hotline zur Baustellenmeldung ergänzt werden.

[https://www.bmvbs.de/DE/Service/KontaktBaustelle/kontaktbaustelle\\_node.html](https://www.bmvbs.de/DE/Service/KontaktBaustelle/kontaktbaustelle_node.html)

## Forschung für unsere Sicherheit

Seltsam wirkt sie schon, die weiße Mütze mit dem schwarzen Punkt in der Mitte. Doch nicht nur eine der Frauen trägt so eine auffällige Kopfbedeckung. Gleich über hundert Männer und Frauen kommen derart eigenwillig gekleidet daher. Wie ferngesteuert folgen die Versuchspersonen einem ausgeschilderten Parcours. Zügig, aber ohne Eile. Von oben filmt eine Kamera: Hier findet Forschung statt, Sicherheitsforschung.

Das Forschungszentrum Jülich leitet das Projekt namens Hermes. Zahlreiche Forschungseinrichtungen wirken daran mit, außerdem Polizei, Feuerwehr und Sicherheitsfirmen. Das Bundesforschungsministerium fördert Hermes im Programm „Forschung für die zivile Sicherheit“. Themenfeld: „Schutz und Rettung von Menschen“.

Es geht um die Frage, wie sich Fußgängerströme verhalten. Was geschieht, wenn es zum Stau kommt, was geschieht an engen Stellen? Wählen Personen einen anderen Weg, wenn sie meinen, dort schneller zum Ziel zu kommen? Wenn man das alles besser wüsste, ließen sich Katastrophen wie bei der Love Parade im Juli 2010 in Duisburg verhindern. 21 Tote und über 500 Verletzte, so lautete die erschütternde Bilanz. Hätte sich die Katastrophe verhindern lassen?

### Menschenmengen richtig einschätzen

Das wird für möglich gehalten, vorausgesetzt, man wüsste mehr darüber, wie sich Fußgängerströme verhalten. Die wissenschaftlichen Untersuchungen bei Hermes begannen mit den merkwürdigen Mützen. Nur so war der Computer anfangs in der Lage, die Kamerabilder auszuwerten. Heute geht das auch ohne. Computer zeichnen die Wege der Personen auf, wie sie sich einfädeln und schließlich dem Ausgang zustreben.

Aus den Aufzeichnungen leiteten die Forscherinnen und Forscher mathematische Modelle ab. In Form von Symbolen – bei schneller Bewegung Ellipsen, stehende oder langsam laufende Personen Kreise – lassen sich die Fußgängerströme grafisch darstellen.

### Großveranstaltungen sicherer machen

Ein Evakuierungsassistent soll Großveranstaltungen sicherer machen. Er wird Betreiber, Sicherheitsdienst, Polizei und Feuerwehr unterstützen, indem er frühzeitig – 15 Minuten Vorlauf werden angestrebt – vorhersagt, wo es zu einem

Stau kommen kann. Das Sicherheitspersonal könnte die Ströme lenken und eventuell weitere Ausgänge öffnen. Denkbar ist umgekehrt, etwa Ausgänge oder einzelne Tribünebereiche eines Fußballstadions kurzzeitig zu sperren. Verschiedene Menschenströme sind so kontrollierbar.

### Gefährdungen vorbeugen

Im Themenfeld „Schutz und Rettung von Menschen“ geht es vor allem um Situationen, bei denen eine große Zahl von Menschen gefährdet ist. Etwa aufgrund von Anschlägen, Großunfällen oder bei Naturkatastrophen. Ziel ist es, Störungen frühzeitig zu erkennen und Krisen präventiv zu bewältigen. Forschung kann so helfen, Rettungs- und Sicherheitsmaßnahmen schnell und effizient einzuleiten.

Das Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung läuft seit 2007 im Rahmen der Hightech-Strategie. Bisher hat das Bundesforschungsministerium dafür 235 Millionen Euro bereitgestellt. Dabei geht es nicht nur um technische Neuerungen, sondern auch um organisatorische Konzepte und Handlungsstrategien. Dabei arbeiten Forschung und Wirtschaft aus ganz unterschiedlichen Fachgebieten eng zusammen. Das Programm ist in die europäische Forschungspolitik eingepasst.

### Forschen für mehr Sicherheit

Den Sicherheitsaspekt untersuchen Forscher und Forscherinnen auch in weiteren Projekten: So etwa im Projekt über „Systemintegrierte sensorische Schutzbekleidung für Feuerwehr und Katastrophenschutz“. Hier wird eine Einsatzkleidung entwickelt, die das Leben von Sicherheitskräften schützt, indem sie die wichtigsten Körperfunktionen und die Position der Einsatzkraft per Funk an die Zentrale leitet.

Sicherheit ist auch zentrales Anliegen im Projekt über Verkehrsinfrastrukturen. Um besondere Gefahren zum Beispiel an Flughäfen begegnen zu können, beleuchten Forscher und Forscherinnen hierfür alle Einflussgrößen in einem mathematischen Modell. Und in einem anderen Teilprojekt geht es darum, Bilder automatisch auszuwerten, um etwa Personen mit bestimmten Merkmalen identifizieren zu können.

## Sicherheitslücken bei Fahrzeugalarmanlagen

Die Zeiten, in denen Autodiebe ein Brecheisen benötigten, sind offenbar vorbei. Einer Studie zweier IT-Spezialisten zufolge ist in einigen Fällen heute nichts weiter nötig als eine kurze Textnachricht. Mit etwas Geschick können Hacker demnach nicht nur die Alarmanlage ausschalten, sondern sogar ferngesteuert den Motor starten. Über das Anzapfen von GPS-Geräten sei es außerdem möglich, rückwirkend etwa die Fahrtroute eines Autos zu überprüfen.

Spezialisten einer privaten Sicherheitsberatungsfirma demonstrieren, wie einfach es geht. Auf der Motorhaube eines Personenwagens haben sie einen Laptop aufgestellt. Über das gewöhnliche Mobilfunknetz schicken sie ihre Kommandos. Das nicht genannte Alarmsystem reagiert prompt – die Türschlösser gehen auf, der Motor geht an.

Der Versuch zeigt, dass sich Kurzmitteilungen längst auch für ganz andere Dinge nutzen lassen als nur zur Verabredung mit Freunden. Beim Angriff auf ein gesichertes System können Textnachrichten wirkungsvolle Geschütze sein. Häufig haben die Geräte, die sie empfangen, keine Möglichkeit, deren Inhalt oder verschlüsselte Befehle zurückzuweisen. Denn der Empfang einer Nachricht kann nur durch die Betreiber der Mobilfunknetze blockiert werden.

Den in der Untersuchung getesteten Alarmanlagen und Navigationsgeräten sind Telefonnummern zugeteilt. In der Theorie sind diese Nummern nur dem Netzbetreiber bekannt. In der Praxis ist es aber nicht unmöglich, die Nummern herauszubekommen. Für den Hacker wäre es kein großes Problem, eine Alarmanlage außer Gefecht zu setzen.

Die Ergebnisse sind beunruhigend. Gefährdet sind möglicherweise Bankautomaten, medizinische Geräte oder auch Verkehrsampeln. Mit dem Versenden spezieller Textnachrichten war es Hackern zuletzt etwa gelungen, Smartphones mit sofortiger Wirkung vom Mobilfunknetz abzukoppeln.

Mit ähnlichen Techniken ist auch ein Missbrauch bei bestimmten Navigationsgeräten möglich. Betroffen sind vor allem „unterstützte GPS-Geräte“, die neben Signalen von Satelliten auch Informationen aus dem Mobilfunknetz verwenden. Mit Befehlen per Textnachricht können sie demnach dazu gebracht werden, aktuelle Positionsdaten auszuspuken – diese wiederum könnten sich etwa Einbrecher oder Stalker für ihre Zwecke zunutze machen.

## Neue Kennzeichnung von Lebensmitteln wird Pflicht

Die EU macht Angaben zu Kalorien, Zucker und Fett auf allen Lebensmitteln zur Pflicht. Verbraucher sollen so Dickmacher im Supermarktregal leichter erkennen. Die EU-Minister beschlossen in Brüssel einstimmig neue Regeln für die Kennzeichnung von Lebensmitteln und Getränken. Die Branche muss künftig auf die Rückseite der Verpackung den Kaloriengehalt sowie den Anteil von sechs Inhaltsstoffen aufdrucken. Hersteller dürfen Lebensmittel-Imitate wie Analogkäse nicht mehr als Käse bezeichnen. Um der Industrie die Umstellung zu erleichtern, sind die Vorgaben aber erst ab 2014 Pflicht.

### Neues vom Handwerk

#### Tag des Handwerks

Am 3. September 2011 bekam das Handwerk einen eigenen Feiertag. Handwerksbetriebe und -organisationen begingen mit vielseitigen Aktionen und Veranstaltungen erstmals bundesweit den Tag des Handwerks, um auf die Leistung und Bedeutung des gesamten Wirtschaftszweiges hinzuweisen. Der offizielle Startschuss zum Aktionstag fiel bereits am 2. September auf einer Pressekonferenz mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler und Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH).

#### Das Handwerk schafft's mit links

Am 13. August 2011 wurde zum 36. Mal der internationale Linkshändertag begangen, der auf die Bedürfnisse von Linkshändern aufmerksam machen soll. In Deutschland bestreiten rund 20 Prozent der Bevölkerung ihren Alltag mit links. Allerdings sind viele Gebrauchsgegenstände wie Scheren, Messer oder Musikinstrumente für Linkshänder teilweise schwieriger zu handhaben. Hier leistet das Handwerk Abhilfe. Handwerksbetriebe erleichtern Linkshändern mit speziell auf ihre Bedürfnisse ausgelegten Geräten und Werkzeugen den Alltag. Gerade Handwerksbetriebe können durch ihre individuellen Produkte und den direkten Kontakt zum Kunden auf die Bedürfnisse der Linkshänder eingehen. Vor allem können sie sich gegenüber der serienmäßigen Industrieproduktion absetzen.

## Selbstständige in der Grundsicherung

In Deutschland sind rund 4,25 Millionen Menschen, das ist etwa jeder zehnte Erwerbstätige, selbstständig tätig. Hiervon bezogen im März 2011 127.180 Leistungen zur Grundsicherung (ALG II). Das heißt das Erwerbseinkommen von knapp drei Prozent aller Selbstständigen reichte zur eigenen Existenzsicherung nicht aus, weshalb sie staatliche Leistungen benötigten. Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) hat die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der Selbstständigen unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Bedürftigkeit analysiert und kommt zu folgenden ersten Ergebnissen:

### Immer mehr Selbstständige beziehen Grundsicherung

Seit Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) im Jahr 2005 ist ein nahezu stetiger Anstieg der Selbstständigen, die Grundsicherung beziehen, sogenannte Aufstocker, zu beobachten. Im März 2011 befanden sich 93.693 Selbstständige mehr in der Grundsicherung als im Januar 2005, wo 33.487 gezählt wurden. Da die Zahl der selbstständig erwerbstätigen ALG II-Bezieher weit stärker gestiegen ist als die Zahl der abhängig erwerbstätigen ALG II-Bezieher, hat sich der Anteil der Selbstständigen in der Grundsicherung an allen ALG II-Beziehern von 4,4 Prozent (Januar 2005) auf 9,4 Prozent im März 2011 mehr als verdoppelt. Auch in Relation zur Zahl der Selbstständigen insgesamt hat

sich die aufstockende Selbstständigkeit überproportional entwickelt. Infolgedessen ist der Anteil der Selbstständigen, die Grundsicherung bezogen, an allen Selbstständigen von 1,7 Prozent im Jahr 2007 auf 2,9 Prozent im Jahr 2010 angestiegen. Die „Aufstockerquoten“ von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten nähern sich mehr und mehr an (vgl. Abbildung 1).

### Hohe Zahl von Selbstständigen mit niedrigem Einkommen

Um den Zusammenhang von Selbstständigkeit und Grundsicherung besser zu verstehen, wurde die Einkommenssituation der Selbstständigen analysiert. Seit dem Jahr 2005 hat sich die Zahl der Selbstständigen mit niedrigen monatlichen Nettoeinkommen, nach einer deutlichen Zunahme der unteren Einkommensklassen im Zeitraum 2002 bis 2005, allmählich verringert. Dies ist nicht zwangsläufig auf einen besseren wirtschaftlichen Erfolg der Selbstständigen zurückzuführen, sondern ist möglicherweise ein Effekt der Aufstockung durch ALG II. Im Jahr 2010 verfügten rund 270.000 Selbstständige einschließlich Transferleistungen noch nicht einmal über 500 Euro netto im Monat. 26,5 Prozent aller Selbstständigen (rund 950.000 Personen) hatten ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.100 Euro (vgl. Abbildung 2). Eine ungünstige Einkommenssituation ist bei Solo-Selbstständigen, weiblichen Selbstständigen oder in bestimmten Branchen z. B. in der Kreativwirtschaft festgestellt worden.

### Schlussfolgerung und ökonomische Bewertung

Als Erklärung für die Entwicklung der Selbstständigen in der Grundsicherung kommen einerseits die unbefriedigende Einkommenssituation, z. B. infolge neuer Entwicklungen in der Selbstständigkeit wie Solo-Selbstständigkeit, Teilzeit-Selbstständigkeit, Gründungen in Märkten mit hohem Wettbewerbsdruck, und andererseits die Erfahrung von Gewährung und Inanspruchnahme staatlicher Leistungen (*Habitualisierung*) in Frage. Eine Habitualisierung könnte aus der Förderung von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit, die im-

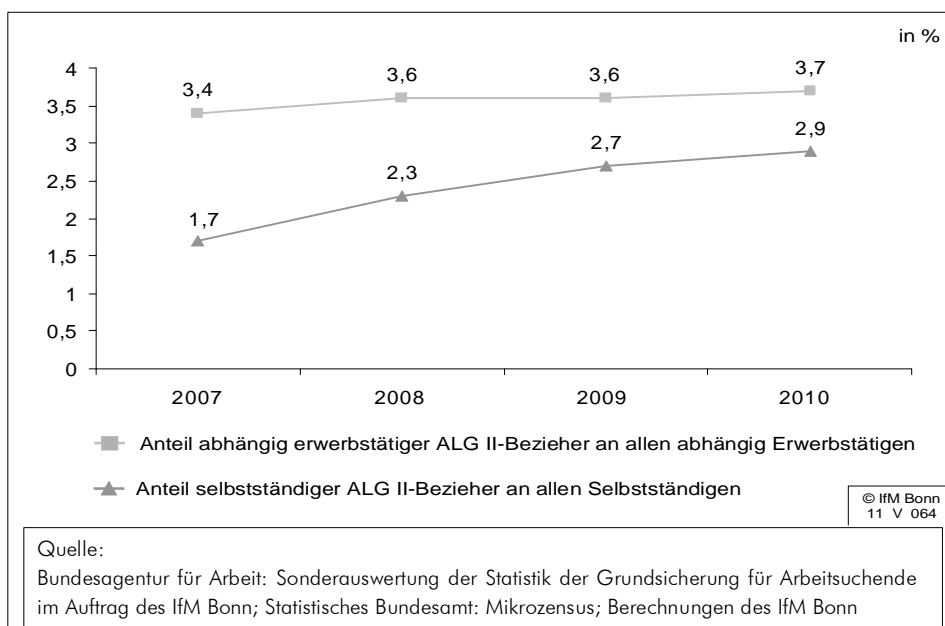


Abbildung 1: Personen in der Grundsicherung nach Erwerbsformen

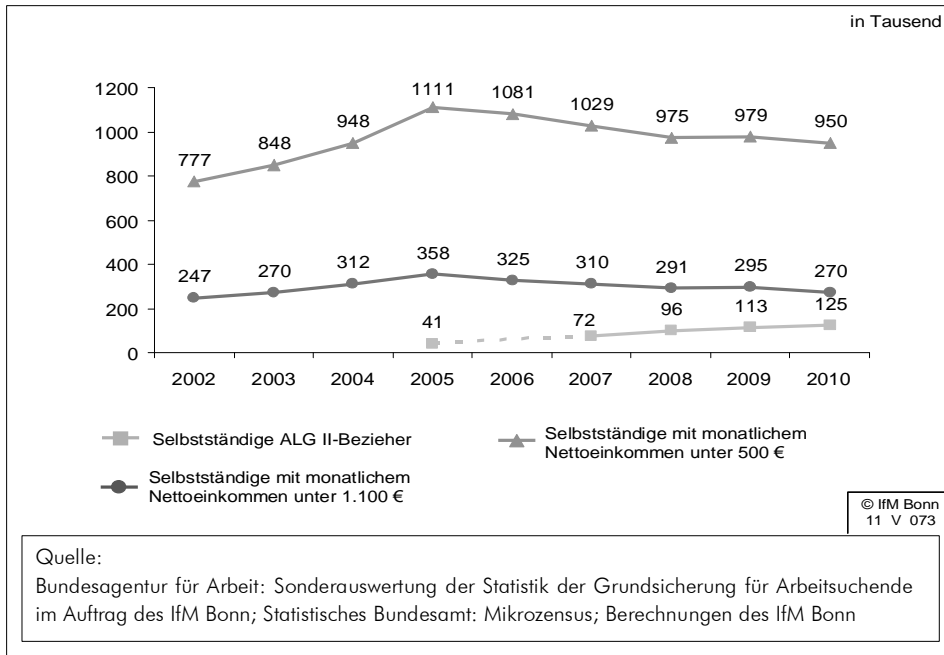


Abbildung 2: ALG II-Bezieher und Selbstständige mit monatlichem Nettoeinkommen unter 500 Euro und unter 1.100 Euro für die Jahre 2002 – 2010

merhin 1,7 Millionen Arbeitslose seit 2003 in Anspruch genommen haben, resultieren.

Die Entwicklung der aufstockenden Selbstständigkeit ist aus volkswirtschaftlicher Sicht kritisch zu hinterfragen: Die Rentabilitätsschwelle der selbstständigen Tätigkeit wird gesenkt mit der Folge eines Preis- und Verdrängungswettbewerbs, von dem dann wiederum Grenzbetriebe betroffen sind, deren Inhaber keine Grundsicherung beanspruchen. Für die selbstständigen ALG II-Bezieher wird dagegen eine Marktaustrittsbarriere errichtet. Ein Verdrängungswettbewerb, der nicht auf Effizienzvorteilen beruht, ist als schädlich für den Strukturwandel und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung anzusehen.



Institut für Mittelstandsforschung Bonn  
 Autorin: Dipl.-Volkswirtin Eva May-Strobl  
 Projektleiterin  
<http://www.ifm-bonn.org/>



## Neue Brille erkennt die aktuelle Stimmung des Gesprächspartners

Findet mein Gesprächspartner die Unterhaltung langweilig, und hört er mir überhaupt noch zu? Mit einer speziellen Brille kann das herausgefunden werden. Denn die neue Brille, die vom Massachusetts Institute of Technology entwickelt wurde, kann Stimmungen erkennen. Dazu verfolgt eine in die Brille integrierte Kamera 24 verschiedene Punkte im Gesicht. Eine Software zählt, wie häufig und wie lange ein Gesichtsausdruck auftritt. Danach vergleicht sie die Daten mit einer Datenbank bekannter Gesichtsausdrücke.

Die Software basiert auf Erkenntnissen von britischen Wissenschaftlern, die sechs Grundformen von Gesichtsausdrücken festgelegt haben: Denken, Zustimmung, Konzentration, Interesse, Verwirrung und Ablehnung. Über Lautsprecher, die an der Brille befestigt sind, bekommt der Träger die Ergebnisse der Analyse mitgeteilt. Zudem leuchten grüne und rote Lichter auf – je nachdem, ob der Gesprächspartner mit dem Gesagten einverstanden ist oder nicht.

Ein Lügendetektor ist die Brille zwar nicht, da sie nur das analysieren kann, was der Gesprächspartner an Emotionen zeigt. Trotzdem könnte sie eine neue Hilfe für Firmen sein, die herausfinden wollen, ob ihre Werbung bei den Kunden ankommt.

## ZUGUTERLETZT



### Vom Laptop, der heiß macht

Anders als der Lapdog (dt.: Schoßhund) gehört der Laptop auf den Tisch. Dazu raten Ärzte, nachdem sich in jüngster Zeit Fälle von Ausschlag auf den Oberschenkeln häufen. Dabei handelt es sich um eine zunächst vorübergehende Hautveränderung, die im Lauf der Zeit dauerhaft wird und den Abbau elastischer Gewebefasern vorantreibt. Mediziner machen dafür die Hitzeentwicklung der Kleincomputer bis zu 50 Grad verantwortlich, einer Wärmeflasche vergleichbar. Sie erwarten angesichts der wachsenden Rechenleistung der Laptops eine Zunahme derartiger Fälle.

### Impressum

Herausgeber: Dr. Michael Fuchs MdB,  
Vorsitzender des PKM  
Redaktion: Dr. Stephanie Bauer  
Marion Glaser

Telefon: (030) 227- 55900  
Telefax: (030) 227- 56203  
Email: [pkm@cducsu.de](mailto:pkm@cducsu.de)  
web: [www.cducsu.de/pkm](http://www.cducsu.de/pkm)

Parlamentarischer Ausschuss  
Mittelstand (PKM)  
der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

